Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17 Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11–12

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27 Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 85 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.–; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Mittwoch, den 13. April 1921

... Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalte en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr

5. Jahrgang.

Man erwartet neue Vorschläge.

Die voraussichtliche Ministerliste in Preußen — Rücktritt des sächsischen Justizministers Sozialdemokratie und Sondergerichte.

London, 13. April. Unter der Ueberschrift „Kein neuer Krieg Frankreichs gegen Deutschland! Die Alliierten gehen, wenn überhaupt, gemeinsam vor" schreibt der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard": Heute unternommene Nachforschungen hätten keinerlei Unterstützung der mit Bezug auf eine extreme Aktion Frankreichs nach dem 1. Mai verbreiteten Ansicht ergeben. Der Berichterstatter weist auf die Schwierigkeiten Briands gegenüber der Ungeduld der französischen Kammer hin, die ihm seine Politik vorschreibe. Man erwarte jedoch zuversichtlich, daß Dr. Simons vor Ablauf der Zeitgrenze mit neuen Vorschlägen der deutschen Regierung hervortreten werde, die vielleicht den Forderungen der Alliierten einigermaßen entgegenkommen würden. Wenn Deutschland irgendeinen Beweis eines aufrichtigen Wunsches zur Aufstellung eines durchführbaren Planes zur Bezahlung seiner Schuld ablege, wobei es sich um etwas weit Größeres als das letzte Angebot in London handeln müsse, so würden dies sicher nicht unbeachtet gelassen werden. Es herrsche der deutliche und zuversichtliche Eindruck, daß Deutschland die Alliierten nicht bis zum äußersten treiben, sondern versuchen werde, bessere Vorschläge entweder durch Barzahlung oder Bezahlung in Waren zur Regelung der gesamten Reparationsfrage zu machen.

160 Milliarden Goldmark.

Paris, 12. April. Der „Petit Parisien" schreibt, daß die Summe, die die Reparationskommission als Gesamtschuld Deutschlands festsetzen werde, jedenfalls den Betrag von ungefähr 160 Milliarden Goldmark erreichen werden. Aus dieser Tatsache schließt das Blatt, daß etwaige Angebote Deutschlands weniger annehmbar denn je seien, denn Deutschland scheine nicht zu bemerken, daß es sich jetzt nicht darum handle, über eine Abschätzung zu erörtern, sondern über eine Bezahlung seiner gesamten Schuld. Zu dem genannten Betrage käme übrigens noch hinzu, daß die Reparationskommission am 1. Mai feststellen werde, daß Deutschland von den 20 Milliarden Goldmark, die vor dem 1. Mai fällig seien, nur acht Milliarden Goldmark bezahlt habe. Also bevor man sich über die Zahlungen der Zukunft ausspreche, müsse man sich über diejenigen aussprechen, die hätten gezahlt werden müssen. Der Augenblick sei gekommen, um ein für allemal zu entscheiden, daß Deutschland seine Pflicht erfüllen wolle.

Vor neuen Verhandlungen.

Die Gerüchte, die seit einigen Tagen über die Möglichkeit neuer Verhandlungen betreffs Fragen der Wiedergutmachung mit der Entente die Oeffentlichkeit beschäftigten, haben sich in den letzten Stunden wenigstens soweit zu positiven Mitteilungen verdichtet, daß man für die nächste Zeit neue deutsche Gegenvorschläge erwarten kann. Die Tatsache selbst ist zu begrüßen. Es liegt auf der Hand, daß die Politik der Alldeutschen, die leider bis weit in sogenannte demokratische Kreise hinein ein williges Ohr fand und die auf die mechanische Ableierung des „glatten Nein" sich erstreckte, allmählich eine Katastrophenstimmung erzeugen mußte, die jeder neuen Anbahnung internationaler Verhandlungsmöglichkeiten Tür und Tor versperrten. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die einzige Partei, die für die Verhandlungen ein klar umschriebenes Programm aufzuweisen hat, die Sozialdemokratie ist. Für sie fallen zunächst alle chauvinistischen Erwägungen fort, von denen die Politiker der Rechts- und Mittelparteien in ihren Entschließungen geleitet werden; für sie sind ferner jede kapitalistischen Erwägungen nicht maßgebend, die die Politik der Demokraten leider noch immer entscheidend beeinflussen. Die Sozialdemokratie lehnte es sofort nach dem Scheitern der Londoner Konferenz ab, sich auf den Standpunkt zu stellen, man müsse nunmehr warten, bis die Entente mit neuen Gegenvorschlägen an uns herantrete; ebenso hielt sie die Auffassung für irrig, daß durch den Eintritt der Sanktionen der ganze Friedensvertrag von Versailles nunmehr null und nichtig sei. Für die neuen Verhandlungen kann die Sozialdemokratie nur erneut betonen, was sie insbesondere auf der Tagung der zweiten Internationale in Amsterdam, sowie der Gewerkschaftsinternationale zum Ausdruck brachte, daß die deutsche Arbeiterschaft gewillt ist, die notleidende Bevölkerung der durch den deutschen Militarismus ins Unglück gestürzten Gebiete bei dem Aufbau ihrer Heimat nach Kräften zu unterstützen. An dieser Auffassung muß erst recht bei den neuen Verhandlungen festgehalten werden und es muß der Wunsch ausgesprochen werden, daß gewisse Unterlassungssünden, die sich der deutsche Außenminister Dr. Simons zuschulden kommen ließ, insbesondere hinsichtlich der Betonung des Wiedergutmachungswillens der deutschen Arbeiterschaft, sich nicht wiederholen. Es wäre verfehlt, den neuen Verhandlungen mit besonderem Optimismus entgegenzusehen. Spa, Paris, London usw. haben uns eines anderen belehrt. Dennoch darf nicht aus Skepsis und Pessimismus heraus von vornherein eine Atmosphäre geschaffen werden, die nicht sämtliche Möglichkeiten einer wirklichen Verständigung offenläßt. Ohne die ausländischen Parteigenossen, insbesondere die belgischen Genossen, im Ton eines Philisters schulmeistern zu wollen, mußte die deutsche Sozialdemokratie in der letzten Zeit nur so oft feststellen, daß ihre Bemühungen um eine aufrichtige Verständigung auf jener Seite nicht das Echo fanden, das wohl erwartet werden konnte. Es ist zu hoffen, daß die internationalen Besprechungen in Amsterdam Mißverständnisse aus dem Wege geräumt haben, die an einer gewissen Entfremdung schuld waren, und wenn die in der zweiten Internationale politisch, sowie in der Gewerkschaftsinternationale wirtschaftlich organisierte Arbeiterschaft bei den Verhandlungen eines Willens und einer Auffassung ist, so wird der gleichfalls international organisierte Kapitalismus sich diesem einheitlichen Willen des europäischen Proletariats auf die Dauer nicht widersetzen können. Auch Europas Zukunft hängt von der Einigkeit der Arbeiterklasse ab.

Regierungsvorschläge im englischen Bergarbeiterstreik.

London, 13. April. (Reuter.) Die Vorschläge der Regierung zur Beilegung der Streitigkeiten mit den Bergleuten sind gestern abend veröffentlicht worden. Nach Aufzählung der Einwendungen gegen eine Nationalisierung des Unternehmergewinns und eine nationale Festsetzung der Löhne schlägt die Regierung Festsetzung der Löhne nach Distrikten vor. Der Grundsatz, nach dem diese Sätze normiert werden sollen, soll national bestimmt und von der gegenwärtigen Konferenz erörtert werden. Die Beschwerden aus den einzelnen Distrikten sollen einem nationalen Komitee überwiesen werden, in dem Grubenbesitzer und Bergleute vertreten sind. Die gegenwärtige Konferenz soll auch bestimmen, welcher Prozentsatz des Unternehmergewinns auf die Löhne entfallen soll. Wenn ein Unternehmen auf diese Weise zustande kommt und die Löhne auf wirtschaftlicher Basis festgesetzt werden, wird die Regierung kurze Zeit eine finanzielle Beihilfe gewähren, um einem zu schnellen Sinken der Löhne in den am meisten betroffenen Bezirken Einhalt zu tun.

Beratungen zwischen Grubenbesitzern und Bergarbeitern.

London, 12. April. (Reuter.) Obwohl der Streikaufschub erfolgte, wird amtlich bekanntgegeben, daß die Bergleute die Vorschläge der Regierung abgelehnt haben. Die Führer der Bergleute erklären, man sei von einer Beilegung der Streitigkeiten noch weit entfernt.

London, 13. April. (Reuter.) Nach einer Anzahl von Konferenzen, die den ganzen gestrigen Tag über dauerten, und bei denen unter Vermittelung der Regierung Grubenbesitzer und Bergarbeiter vertreten waren, kam es gestern nachmittag zur Beratung der von Lloyd George den Bergarbeitern gemachten Vorschläge. Das Ergebnis der Beratungen wurde noch nicht veröffentlicht.

London, 13. April. Wie Reuter amtlich mitteilt, wurde die Konferenz der Bergarbeiter und der Grubenbesitzer vertagt, nachdem die Grubenbesitzer mitgeteilt hatten, daß sie die auf der Konferenz erörterten Punkte in Erwägung ziehen und der Regierung über ihre Entschlüsse Mitteilung machen würden.

Rücktritt des sächsischen Justizministers.

Dresden, 12. April. (TU.) Der Justizminister Dr. Harnisch ist zurückgetreten. Er forderte bereits am 7. April anläßlich der politischen Aussprache über die kommunistischen Unruhen eine scharfe Absage gegen die Kommunisten und einen Verzicht auf die weitere Mitarbeit der Kommunisten. Infolgedessen war er auch der Ansicht, daß das Kabinett zurücktreten und auf die weitere Unterstützung der Kommunisten unter allen Umständen verzichten müsse. Da aber der Ministerpräsident diese Konsequenz nicht zog, so hat sie Dr. Harnisch nunmehr für seine Person gezogen. Nach seiner eigenen Aeußerung deswegen, weil er von Demokratie und Parlamentarismus eine andere Auffassung habe. Der Rücktritt des Justizministers dürfte auch auf die anderen Mitglieder des Kabinetts nicht ohne Rückwirkung bleiben und die Demission des ganzen Kabinetts nach sich ziehen.

Die oberschlesische Abstimmung.

London, 13. April. Reuter erfährt, daß das gesamte Material betreffend die oberschlesische Abstimmung noch nicht eingegangen ist. Die Sammlung der vollständigen Daten gehe langsam vor sich, und es sei unwahrscheinlich, daß die Kommission in der Lage sein werde, sich vor einer oder zwei Wochen an die Aufstellung eines solchen Berichts zu machen.

Parlamentarismus.

Die Schwierigkeiten der preußischen Regierungsbildung werden von der reaktionären Presse nach Kräften ausgenutzt, um gegen das parlamentarische System Sturm zu laufen. Dieses System, so wird in allen Tonarten erklärt, habe nun endgültig bankerott gemacht.

Leider sind die Schlußfolgerungen, die die reaktionäre Presse aus dieser angeblich festgestellten Tatsache ziehen will, nicht recht klar. Das parlamentarische System besteht heute so ziemlich in allen Ländern der Welt, in Monarchien ebenso gut wie in Republiken. Keiner von denen, die heute in Europa noch Kronen tragen, dürfte es riskieren, an dem Grundsatz zu rütteln, daß eine Regierung nur so lange im Amte bleiben darf, wie sie das Vertrauen der gewählten Volksvertretung besitzt. Auch die Deutschnationalen haben sich nicht für die absolute Monarchie, die allein eine Ausschaltung des parlamentarischen Prinzips zuläßt, sondern für eine Monarchie nach dem englischen System erklärt, das englische System ist aber das konstitutionell-parlamentarische, wonach der König repräsentiert, der Vertrauensmann des Parlaments in Wirklichkeit regiert. Wem fiele es ein, den derzeit in England zu Throne sitzenden König für das verantwortlich zu machen, was in England geschieht? Man spricht nicht von ihm, sondern vom Parlament und Lloyd George.

In Deutschland freilich, da hatten wir früher das antiparlamentarische, das persönliche Regiment. Dieses ist so in Verruf gekommen, daß selbst die Deutschnationalen dafür einzutreten nicht mehr wagen. Man soll doch nicht vergessen, daß der Weisheit letzter Schluß unter dem persönlichen Regiment der arme Michaelis unseligen Andenkens gewesen ist. Wenn man schon von Bankerott reden will, so ist es sicherlich richtiger, vom totalen Bankerott des persönlichen Regiments zu sprechen, statt von dem angeblichen Bankerott des Parlamentarismus.

Unter dem persönlichen Regiment war Deutschland blos verwaltet, aber nicht regiert. Die Akten waren in bester Ordnung, aber der politische Geist, der sie befruchten sollte, fehlte vollständig. Die regierenden Männer Deutschlands waren Verwaltungsbeamte, aber keine Politiker. Ohne den völligen Mangel jeder politischen Führung, wie er bis zum November 1918 bestand, hätte Deutschland niemals in eine solche Katastrophe, wie den Weltkrieg und die Niederlage hineintaumeln können.

Die Kritiker des Parlamentarismus sind also gebeten, uns einmal zu sagen, was sie an die Stelle des parlamentarischen Systems setzen wollen. Wünschen sie, daß Wilhelm II. oder sein ältester Sohn nach Deutschland zurückkehrt und nach Willkür und Laune Minister ernennt? Das würde, selbst die Möglichkeit der Rückkehr vorausgesetzt, nicht gelingen, dazu ist die Macht der Parlamente viel zu groß geworden, auf den Stand vor 1914 läßt sich die deutsche Geschichte nicht mehr zurückschrauben.

Die Kritiker übersehen auch gänzlich, daß die Demokratie in Deutschland keineswegs auf dem Grundsatz der Parlaments-Abmachung beruht. Im Reich besitzt der Reichspräsident auch der Volksvertretung gegenüber starke Rechte, die voraussichtlich noch stärker zur Geltung kommen werden, wenn der Präsident zum ersten Mal, wie es die Verfassung vorschreibt, vom ganzen Volk gewählt sein wird. Im Reich aber und in den Bundesstaaten, auch in Preußen, wird die Macht des Parlaments durch die Einrichtung der Volksentscheide erheblich eingeschränkt. Die deutsche Demokratie stützt sich also gar nicht ausschließlich auf das parlamentarische Prinzip, sie hat dieses nur insoweit übernommen, als es nach den Erfahrungen anderer Länder unentbehrlich ist. Wenn allerdings in Preußen der Ministerpräsident direkt vom Parlament gewählt werden muß, so ist das vielleicht keine besonders glückliche Lösung, aber es wäre ungerecht, dafür das parlamentarische System verantwortlich zu machen, da ja dieses die Parlamentswahl des Regierungschefs an sich gar nicht verlangt. Hier liegt vielleicht ein Konstruktionsfehler der preußischen Verfassung vor, aber ihn dem parlamentarischen System auf das Konto zu schreiben, ist durchaus verkehrt und ungerecht.

Angriffe auf das parlamentarische System bleiben ganz sinnlos, solange nicht gezeigt wird, was an seine Stelle zu setzen ist. Daß dieses System auch seine Nachteile hat, wird kein Mensch leugnen: Der schlimmste besteht jedenfalls darin, daß das parlamentarische System oft gar nicht das ist, was es zu sein vorgibt. Wenn ein sich allmächtig dünkendes Parlament die Minister zu rasch wechselt, dann kommt keiner von ihnen zur Geltung, und es regiert nicht das Parlament durch die Minister, sondern die Bureaukratie durch die Geheimräte. Bei der Neubildung parlamentarischer Regierungen gibt es umständliche Verhandlungen, die der Welt nicht eben das angenehmste Schauspiel bieten. Ein Ding ohne Fleck und Fehl ist der Parlamentarismus also gewiß nicht.

Er hat aber in den Ländern, in denen er schon lange in Uebung ist, sich ein großes Verdienst erworben; er hat das Interesse der Massen für politische Vorgänge vermehrt und aus der Parlaments-Mitgliedschaft bedeutende Köpfe herauswachsen lassen. Das persönliche Regiment ist in Deutschland zusammengebrochen an seinem totalen Mangel an Ideen und an schöpferischen Persönlichkeiten. Man darf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0001
DFG

zuhig aussprechen, daß die Scher, Sattler und Schreiner, die nach der Revolution über das Parlament in leitende Staatsstellungen gelangt sind, die „Fachminister" der guten alten Zeit um mehr als Haupteslänge überragen. Vor dem Krieg waren ja Ministerportefeuilles im Verhältnis zu heute die reinen Sinecuren, ein tadelloser Gehrock und ein gutgepflegter Bart genügten vollständig, um einige Jahre ungestört Minister spielen zu können. Heute sind die Dinge anders, härter und schwieriger, und gerade das berechtigt uns zur Hoffnung, daß auf dem Weg über das Parlament immer mehr starke Persönlichkeiten in die Regierung gelangen werden.

So hat der Parlamentarismus neben seinen schlechten auch seine guten Seiten, aber das Zeugnis, das man ihm ausstellt, kann doch niemals etwas daran ändern, daß er da ist und als gegebene Tatsache hingenommen werden muß. Auch seine leidenschaftlichsten Kritiker werden sich an ihn gewöhnen müssen, da es etwas, was ihn vernünftiger Weise ersetzen könnte, eben nicht gibt.

Die „freie Hand" und die preußische Kabinettsbildung.

Das Ministerium Stegerwald ist noch nicht fertig. Aber immerhin ist die Wahrscheinlichkeit, daß es zustande kommt, außerordentlich gestiegen. Sollte die Einigung nicht im letzten Augenblick scheitern, würde sich das Bild so gestalten, daß die Sozialdemokratie drei Ressorts erhält, das Zentrum zwei und dazu den Ministerpräsidenten, der aber gleichzeitig als Wohlfahrtsminister Ressortchef bleibt, die Demokraten einen und die Beamten zwei.

Von Herrn Stegerwald und einem großen Teil der bürgerlichen Presse wird Wert darauf gelegt, festzustellen, daß der neugewählte Ministerpräsident vollkommen freie Hand habe. Diese Darstellung kann Eindruck nur auf Leute machen, denen das parlamentarische Getriebe fremd ist. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Herr Stegerwald ist der Sozialdemokratie als Kandidat des Zentrums präsentiert worden. Das Zentrum ist für seinen Kandidaten die Verpflichtung eingegangen, daß er gewünschten Falles zurücktreten werde. Nach dieser Bindung hat die Sozialdemokratie sich ihrerseits verpflichtet, für Stegerwald zu stimmen. Was Herr Stegerwald persönlich getan hat, spielt bei der ganzen Sache keine Rolle. Herr Stegerwald ist der Kandidat des Zentrums gewesen und als solcher hat er die vom Zentrum für seine Kandidatur eingegangenen Verpflichtungen mit übernommen. Ob das Zentrum Herrn Stegerwald von den an seine Kandidatur geknüpften Verpflichtungen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt hat, ist eine zwischen dem Zentrum und Herrn Stegerwald abzumachende interne Angelegenheit.

Die voraussichtliche Ministerliste.

„Lokalanzeiger" und „Vorwärts" nennen folgende Ministerliste: Präsidium und Volkswohlfahrt Stegerwald; Inneres: Severing; Handel: Fischbeck; Kultus: Hänisch; Justiz: Am Zehnhoff; Finanzen: ein Beamter, ebenso Landwirtschaft. Braun dürfte als Minister ohne Portefeuille dem Kabinett angehören. Er werde wahrscheinlich die Vizepräsidentschaft im Staatsministerium übernehmen. Gleichzeitig soll er mit der Vertretung der preußischen Regierung im Reichsrat betraut werden und damit gemäß dem Plan des Reichsministers Koch die Verbindung zwischen der preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung aufrechterhalten.

Der Riesenkampf in England.

Im „Vorwärts" schreibt Gen. Hue:

Die auch von der deutschen Presse vielfach übernommene Behauptung, es handele sich in Großbritannien um einen Bergarbeiterstreik, ist falsch. Am 1. April liefen die letzten Arbeitsverträge ab. Die Kriegsnot hatte auch die britische Regierung genötigt, anzuerkennen, daß man die Gewinnung und Verwertung eines für die Staatserhaltung so notwendigen Rohstoffes wie der Kohle nicht der freien Bewirtschaftung durch private Interessenten überlassen dürfe. Der Bergbau wurde unter Regierungskontrolle gestellt. Preisbemessung, Lohnhöhe und Unternehmerprofit unter die Direktion des Reichskohlenkommissars. Der nach Ablauf des Jahres 1920 eingetretene Umschwung auf den Kohlenmärkten gab dem Drängen der Privatkapitalisten auf Wiedereinführung völliger Freiwirtschaft die stärkste Unterstützung. Das Parlament hob gegen die Stimmen der Arbeiterpartei auf Vorschlag der Regierung und in Uebereinstimmung mit den Bergwerksbesitzern die „Zwangswirtschaft" auf. „Um freie Hand zu haben", so las man im März in der Unternehmerpresse, wurden Arbeitern zum 1. April „gekündigt"! Mithin handelt es sich nicht um einen Streik der Arbeiter. Da es bis zum Ablauf der alten Kontrakte nicht zur Verständigung über neue kam, trat am 1. April der vertragslose Zustand ein. Man kann daher nicht von einem Arbeiterstreik, sondern muß von einer Arbeiteraussperrung reden. Darum fordern die Ausgesperrten die staatliche Arbeitslosenunterstützung.

Infolgedessen muß auch die Stellungnahme der Arbeiterorganisationen zu den Notstandsarbeiten anders, als wenn ein Streik vorläge, beurteilt werden. Bei den Generalstreiks der britischen Bergleute im November 1920 und im Februar-März 1912 wurden die Notstandsarbeiten auf Beschluß der Miners-Federation durchgeführt. Wer die jetzt meistgenannten britischen Bergarbeiterführer Herbert Smith und Frank Hodges persönlich kennt, der weiß, daß diesen Männern ein „Radikalismus", der sich über die Bedürfnisse ihres Volkes mit klirrenden Phrasen hinwegsetzt, durchaus fern liegt. Aber was sollen sie tun, nachdem die Gesetzgebung die Ordnung der Streitfragen zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau zu einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit erklärt hat, und die Werksbesitzer daraus die Folgerung ziehen, den Belegschaften zu kündigen, „um freie Hand zu haben"? Statt den in jetziger Zeit besonders notwendigen Gemeinschaftsgeist zu stärken, hat man durch die Uebertragung der Verfügung über die Bergbauwirtschaft an privatkapitalistische Interessen dem zersetzenden wirtschaftlichen Individualismus das Schicksal der Nation in die Hand gegeben. Die Miners-Federation hat nicht unterlassen, von der Aufhebung der Regierungskontrolle über den Bergbau dringend zu warnen. Nach dieser Richtung gingen die Bemühungen der Arbeiterorganisationen seit Monaten. Sie will nicht die schrankenlose privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft, sondern fordert zunächst die Beibehaltung der Regierungskontrolle über die wichtigste Industrie des Landes. Die Nationalisierung (Sozialisierung) des Bergbaues gemäß den Vorschlägen des von der Regierung 1919 mit der Untersuchung der Bergbauwirtschaft betrauten Richters Sankey ist die grundsätzliche Forderung der Arbeiter. Zunächst also wollen die Bergarbeiter keine plötzliche Aufhebung der Regierungskontrolle zu einer Zeit, wo eine offiziöse Ausgleichsaktion unentbehrlich ist. Dennoch hat in der gesetzgebenden Körperschaft die individualistische über die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsauffassung gesiegt.

Vergegenwärtigt man sich diese Vorgänge, dann versteht man auch, daß die gekündigten Arbeiter es ablehnen, Notstandsarbeiten zu verrichten. Die Gekündigten stehen gegen ihren Willen außerhalb der Werkstore. Wenn nun die Werksbesitzer und die Regierungsorgane an das nationale Gemeinschaftsgefühl appellieren, von der Arbeiterschaft verlangen, daß die Pumpwerke usw. in Gang gehalten werden, um die Nation vor dem Verderben ihrer lebenswichtigen Kohlenindustrie zu bewahren, so ist das der stärkste Beweis gegen die privatkapitalistische Bergbauwirtschaft, den ich mir denken kann! Die Nation wird zum Schutz des Bergbaues aufgerufen, also muß man der Nation das Bestimmungsrecht über den Bergbau zugestehen! Man kann ihn nicht mehr als eine private Sache betrachten!

Neue türkische Offensive.

Konstantinopel, 12. April. Die Türken sind zu einer neuen Offensive geschritten. Sie richtet sich von Denizli gegen Sari Keri im oberen Meandertal. Man ist noch ohne Nachricht über das Ergebnis des Vorgehens, das augenscheinlich den rechten griechischen Flügel zu umfassen sucht. Die Türken scheinen in den letzten Tagen beträchtliche Verstärkungen erhalten zu haben, die aus zehn Divisionen bestehen, die sich im Kaukasus befanden und durch den Abschluß des türkischen Abkommens zwischen Angora und Moskau frei geworden sind. Ein Teil dieser Truppen wurde auf dem Seewege nach Ineboli gebracht.

Weitere Verhaftungen in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 12. April. (WTB.) Die lokalen Säuberungsaktionen werden überall planmäßig fortgesetzt. In Mansdorf bei Ballenstedt wurden sieben Mann, die Dynamit angekauft und verkauft hatten, festgenommen. Es wurden gefunden: ein Zeniner Dynamit, 20 Meter Zündschnur, Sprengstoff, Sprengpatronen, sowie Heeresgut, Kochgeschirre, Brotbeutel, Feldflaschen usw. Die heutigen Unternehmungen nach Lauchstedt, Goduba und Vesta verliefen erfolgreich. Bei den erstgenannten wurden 20 Personen festgenommen, die verdächtig sind, an dem geplanten Anschlag auf das Bürgermeisteramt beteiligt gewesen zu sein. In Goduba und Vesta erfolgte die Festnahme von 27 Personen.

Sozialdemokratie und Sondergerichte.

Der Parteivorstand hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Sondergerichte beschäftigt und seinen Standpunkt zu folgender Erklärung formuliert:

Der sozialdemokratische Parteivorstand erachtet es für unmöglich, einer Justiz, die seit Jahren mit dem Rechtsgefühl weiter Volkskreise immer wieder in den schärfsten Gegensatz geraten ist, so unerhört weitgehende Vollmachten anzuvertrauen, wie sie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 vorsieht.

Auch wenn anerkannt wird, daß gegenüber den Massenverbrechen des März-Aufruhrs gerade zugunsten der Beschuldigten im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens das Schwurgericht und das Reichsgericht durch weniger schwerfällige und überlastete Gerichte ersetzt werden müssen, brauchen diese Gerichte nicht so weit, wie die Verordnung es zuläßt, sich von der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu entfernen, sie können vielmehr als besondere Dreimännerstrafkammern den Landgerichten angegliedert werden.

Wenn die Verordnung in ihrem § 2 erklärt, daß alle zum Richteramt Fähigen — also nicht nur beamtete Richter — in das außerordentliche Gericht berufen werden können, so schafft sie damit die Gefahr einer ungeeigneten Besetzung der Gerichte, etwa mit Richtern, die die Altersgrenze überschritten haben, oder mit beschäftigungslosen Kriegsgerichtsräten. Wenn die Verordnung ferner in § 8 Absatz 2, § 6 auch beamteten Richtern die Ablehnung der Berufung in eine Richterstelle verjagt, so setzt sie sich dadurch, ohne durch Art 48 der Reichsverfassung dazu ermächtigt zu sein, in Widerspruch zu Art. 104 der Reichsverfassung.

Wenn weiter die Verordnung die Errichtung von außerordentlichen Gerichten nicht nur in den unter Ausnahmezustand gestellten Bezirken vorsieht, vielmehr in allen Bezirken, in denen Aufruhrhandlungen begangen werden — sei es auch nur eine, sei es vielleicht gerade nur die jetzt abzuurteilende —, so wird der Willkür Tür und Tor völlig geöffnet. Auch die Zuständigkeit des Gerichts ist der Willkür völlig preisgegeben, da jedes Gericht dadurch zuständig wird, daß der verhaftete Beschuldigte in seinen Bezirk übergeführt wird.

Das Ermittelungsverfahren, das erfahrungsgemäß noch am ehesten geeignet ist, hastiose Beschuldigungen in ruhiger Untersuchung zu entkräften, wird abgekürzt zugunsten möglichst beschleunigter Erfassung des erkennenden Gerichts, das für seine Tätigkeit erfahrungsgemäß der Vorbereitung durch ein gründliches Ermittelungsverfahren bedarf. Ohne vorherige Zustellung einer Anklageschrift muß der Angeklagte schon 24 Stunden nach seiner Ladung ganz unvorbereitet vor dem erkennenden Gericht erscheinen, um nun erst zu erfahren, wessen er überhaupt bezichtigt wird. Indem der Umfang der Beweisaufnahme ganz in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, wird jede Beschränkung der Verteidigung möglich, auf der anderen Seite aber die Berufung, mit deren Zulässigkeit man im schöffengerichtlichen Verfahren die gleiche Bestimmung zu rechtfertigen pflegt, nicht gewährt. Die Wiederaufnahme bietet aber für die verfaßte Berufung keinen Ersatz, weil Verfahrensfehler keine Wiederaufnahmegründe sind. Nur die Wiederaufnahme zulassen, heißt das Verfahren der Willkür des Gerichts ohne jede Kontrolle anheimgeben.

Die Verordnung wiederholt auf diese Weise die aus den Verfahren der Wuchergerichte bekannten Vorschriften, ohne aus deren schlechter Bewährung gelernt zu haben.

Vollends unerträglich ist, daß auch Jugendliche dem Ausnahmeverfahren unterstellt werden, daß auch Todesurteile im Ausnahmeverfahren gefällt werden können. So bedeutet diese Verordnung die Gefahr weiterer Erschütterung des Vertrauens in die Justiz. Man wird nicht umhin können, das Eilverfahren gegen kommunistische Missetäter mit den behutsamen und völlig ergebnislosen Verfahren gegen Kapp-Verbrecher und Kriegsverbrecher zu vergleichen.

Dringender als die Einrichtung außerordentlicher Gerichte wäre eine andere Aufgabe gewesen, zu welcher die Reichsregierung

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wie hatte Mary es aufgefaßt? — fragte sich Hal. Hatte sie, nach Art kleiner Ladnerinnen in den Szenen verwässert geschilderten Wohllebens geschwelgt? Und er erfuhr, daß es ihr Verzweiflung gebracht. Diese Welt dort draußen mit ihrer Freiheit und Sauberkeit, ihren Leuten, die ein schönes, lohnenswertes Leben führten, alles war nicht für sie; sie war in einem Kohlenrevier an einen Wachsheimer gefesselt. Seit dem Tode ihrer Mutter war alles noch viel ärger geworden. Ihre Stimme wurde, da sie dies sagte, hart und tonlos. Hal hatte noch nie aus einer jungen Stimme eine solche Hoffnungslosigkeit vernommen.

„Sind Sie immer nur hier gewesen?" — fragt er.

Ich war in zwei anderen Kohlenlagern" — erwiderte sie. — „Zuerst in Gordon und dann in Cold-Run. Aber sie sind alle gleich."

„Sind Sie nie in die Städte gekommen?"

„Ein oder zweimal im Jahr, immer nur auf einen Tag. Einmal war ich in Sherridan und habe in der Kirche eine Dame singen gehört."

Sie schwieg einen Augenblick, versunken in diese Erinnerung. Dann veränderte sich jählings ihre Stimme, er glaubte zu fühlen, wie sie in der Dunkelheit trotzig den Kopf zurückwarf: „Ich will Sie nicht mit meinem Kummer belästigen. Ich weiß, wie langweilig das für andere ist, — habe es selbst an meiner Nachbarin, Frau Zamboni, zur Genüge erfahren. Kennen Sie sie?"

„Nein" — entgegnete Hal.

Gott weiß, die Arme hat ja Sorgen genug. Ihr Mann taugt nicht viel, er ist mit dem Trunk behaftet; außerdem hat sie elf Kinder, und das ist doch zu viel für eine Frau. Finden Sie nicht auch?"

Sie fragte das mit einer solchen Naivität, daß Hal lachen mußte: „Ja" — pflichtete er bei — „ich finde es auch."

„Ich glaube, die Leute würden ihr mehr helfen, wenn sie nicht so viel jammern wollte. Und die Hälfte davon in einer slavischen Sprache, die kein Mensch versteht." Und Mary begann komische Geschichten über Frau Zamboni und ihre anderen polyglotten Nachbarn zu erzählen und ahmte nach, wie sie den irischen Dialekt verunstalteten. Hal fand ihren Humor entzückend und naiv; er bemühte sich, sie während des übrigen Spazierganges bei diesem heiteren Geplauder festzuhalten.

•

Als sie jedoch auf dem Heimweg begriffen waren, kam ihnen die Tragik nahe und faßte sie an. Hinter ihnen ertönte ein Schritt, Mary blickte sich um, dann packte sie Hal beim Aermel und ihn zuflüsternd, daß er schweigen möge, zog sie ihn tiefer in den Schatten. Eine gebeugte Männergestalt torkelte vorüber.

Als der Mann ins Haus getreten, sagte Mary: „Das war mein Vater; wenn er so ist, ist es nicht gut, ihm in die Nähe zu kommen." Hal hörte in der Finsternis, wie rasch ihr Atem ging.

Das war also Marys Kummer — war das Leid, das auf dem Heim wuchtete und das sie bei ihrer ersten Begegnung angedeutet hatte! Und Hal begriff mit einem Male gar vieles, — begriff, weshalb ihr Heim alles Schmuckes bar ist und weshalb sie ihren Besuch nicht zum Niedersitzen aufgefordert hat. Er verharrte stumm neben ihr, wußte nicht, was er sagen sollte. Und noch ehe er ein Wort gefunden, brach Mary aus: „O, wie hasse ich doch O'Callahan, der meinem Vater das Zeug verkauft! Der hat ein Heim, wo es genug zu essen gibt und seine Frau trägt seidene Kleider an, geht Sonntags zur Messe und dünkt sich viel zu gut für eines Grubenarbeiters Tochter! Manchmal möchte ich diese beiden töten!"

„Das würde auch nicht viel nützen" — wagte Hal zu erwidern.

„Ja, ich weiß es, dann käme ja nur ein anderer an ihre Stelle. Man müßte mehr tun, als das, man müßte die Dinge hier ändern; die müßte man fassen, denen O'Callahan Geld einbringt."

Also Marys Geist suchte nach Gründen! Hal hatte gemeint, ihre Heftigkeit sei auf Beschämung zurückzuführen oder auf die Angst vor dem rohen Empfang, der möglicherweise zu Hause ihrer harrte. Noch lag genug unbewußter Snobismus in Hal Warners Empfinden, um ihn in Erstaunen zu versetzen über dies geistige Phänomen bei der Tochter eines einfachen Grubenarbeiters; und heute, wie bei ihrer ersten Begegnung, verwandelte sich sein Mitleid in intellektuelles Interesse.

„Einmal wird mit der ganzen Trinkerei aufgeräumt werden" — sagte er. Er hatte früher nicht gewußt, daß er ein Anhänger des Alkoholverbotes sei, diese Erkenntnis war ihm urplötzlich gekommen.

„Ich fürchte, es wird zu spät, wenn damit nicht bald aufgeräumt wird. Es ist ein Anblick, der das Herz schwer macht, wenn man die jungen Burschen nach Hause torkeln sieht, derart betrunken, daß sie nicht einmal mehr raufen können."

Hal hatte noch keine Gelegenheit gehabt, diese Seite des Nord-Tales zu sehen. „Sie verkaufen auch den Jungen Alkohol?"

„Freilich. Wem liegt denn etwas daran? Das Geld eines Knaben ist doch ebenso gut, wie das eines Mannes."

„Aber ich hätte gemeint, die Gesellschaft . . ."

„Die Gesellschaft vermietet die Schankhäuser — alles andere interessiert sie nicht."

„Aber es muß ihr doch etwas an der Arbeitsfähigkeit der Bergleute liegen!"

„Arbeiter bekommt sie immer genug. Kann einer nicht mehr arbeiten, so wird er fortgejagt; das ist alles."

„Ist es denn so leicht, geschickte Arbeiter zu bekommen?"

„Es erfordert nicht viel Geschicklichkeit, um Kohle herauszuholen, erfordert weit mehr, will man dabei seine Knochen heil erhalten. Und wenn man es sich leisten kann, sie zu brechen, — die gebrochenen Knochen der anderen machen der Gesellschaft nichts aus."

Sie hatten die Hütte erreicht; Mary verharrte einen Augenblick schweigend. „Ich bin wieder zu bitter geworden" — sagte sie plötzlich. — „Und ich hatte Ihnen doch meine „Gesellschaftsmanieren" versprochen. Aber es ereignen sich immer wieder Dinge, die mir einen Anstoß geben." Sie wandte sich jählings von ihm ab und lief ins Haus. Hal wartete einen Augenblick, ob sie wiederkäme; dann nahm er an, daß sie die letzten Worte als Gutenachtgruß gemeint, und schritt langsam die Straße entlang.

Er rang mit dieser Niedergeschlagenheit, der ersten derartigen Stimmung, die ihn seit seiner Ankunft im Nord-Tal ergriffen hatt. Bisher war es ihm gelungen, sich abseits zu halten, damit er diese Welt ohne Vorurteile betrachten könne. Heute abend jedoch hatte ihn sein Mitleid mit Mary weiter hineingezogen. Wohl hätte er ihr zu helfen, ihr Arbeit in einer weniger erdrückenden Umgebung zu finden vermocht, doch quälte ihn die Frage: Wie viele Mädchen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0002

Wortes durch einen einstimmigen Beschluß des Reichstages verpflichtet ist, die Revision der unheilvollen Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs und der Polizei bei Fluchtversuchen.

Proletarier, erschleicht Euch!

Der kommunistische Putsch ist nach Darstellung seiner Urheber bekanntlich mißglückt, weil die Disziplin in der VKPD. immer noch zu wünschen übrig ließ und man so viele „Verräter" in den eigenen Reihen hatte. Deshalb wird jetzt eine neue Parole erhöhter Disziplin ausgegeben, die der Stuttgarter „Kommunist" in Nr. 48 folgendermaßen formuliert:

Das Parteimitglied muß bereit sein, sich auf Befehl der Partei zu erschießen. Kurz, jeder Eigenwille hört auf.

Wenn man das liest, erscheint einem der Kadavergehorsam der altpreußischen Armee fast in versöhnlichem Lichte. Verlangte der preußische Militarismus auch, daß der Soldat so manche Mißhandlung und Ehrenkränkung durch seine Vorgesetzten schweigend hinnehmen mußte, so war doch Selbstmord auf höheren Befehl selbst in dem friderizianischen Heer unbekannt. Diese Entdeckung blieb der VKPD. vorbehalten. Aber sie mag nur auf diesem Wege fortfahren. Auf solchen Satzungen läßt sich wohl ein kleiner Verschwörerklub, aber keine Massenpartei aufbauen.

Ein Meister.

Hindenburg hat Ludendorff zu seinem Geburtstag mit einem Glückwunschschreiben beehrt, indem es unter anderem heißt:

„. . . . kühn, zuversichtlich, und verantwortungsfreudig klar an der Beurteilung der Lage, ein Meister in der Anordnung der Operationen und in der Schaffung wie Verwendung der Kampfmittel, in unermüdlicher Tatkraft, so fand er mir zur Seite in allen Stürmen des jahrelangen Ringens gegen eine Welt von Feinden."

Der alte Hindenburg sollte lieber schweigen. Er zeigt hier wieder einmal, daß er ebensowenig in der Lage ist, einen Menschen zu beurteilen, wie Ludendorff in der Lage war, die Lage klar zu beurteilen. Wie wenig verantwortungsfreudig er war, wissen wir und seiner auch von Hindenburg gepriesenen Meisterschaft haben wir es in erster Linie zu danken, wenn es uns heute so hundsmiserabel geht. Für solche „Meister" danken wir.

Mansfeld, die gelbe Hochburg.

Die reaktionäre Presse behauptet immer wieder, der Bolschewismus sei nichts anderes als eine Frucht der sozialdemokratischen Agitation und die bewaffneten Aufstände nichts anderes als die Fortsetzung der vorkriegszeitlichen Wahlrechtsdemonstrationen und so weiter.

Die logische Folgerung müßte ergeben, daß gerade in Gegenden, wo vor dem Kriege die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sehr stark waren, die kommunistischen Ideen den stärksten Anhang gewinnen müßten. Die Arbeiter wissen es, daß gerade das Gegenteil der Fall ist, unbekannt ist diese Tatsache aber immer noch in weiten Kreisen des Bürgertums, das systematisch von der bürgerlichen Presse irregeführt wird. Die Arbeiter müssen ihr möglichstes tun, um auch in bürgerlichen Kreisen die Erkenntnis zu verbreiten, daß zwischen dem deutschen Bolschewismus und dem System der gelben Gewerkschaften und den „nationalen Arbeiterparteien" ein enger Zusammenhang besteht.

Auf diesen Zusammenhang wird von dem Organ des Bergarbeiterverbandes, der „Bergarbeiter-Zeitung", in einer Besprechung des mitteldeutschen Aufstandes hingewiesen. Es heißt dort:

„Das Mansfeldische als vornehmstes „kommunistisches" Aufmarschgebiet! Mansfeld, die alte Hochburg der „Reichstreuen", der „königstreuen Knappenvereine"! Mansfeld, wo die Agitatoren des Bergarbeiterverbandes von dem „reichstreuen" Blättchen „Bergbote" als Auswurf der Menschheit denunziert und prompt gemaßregelt wurden! Mansfeld, das vielgerühmte „königstreue" Herrschaftsgebiet der freikonservativen Scharfmacher Leuschner, Dr. Otto Arendt, Vogelsang und Genossen, wo unsre Leute von den reichstreuen Knappen mit Knüppeln und Schlagringen schwer mißhandelt wurden! Mansfeld, dessen Berg- und Hüttenarbeiterschaft weit überwiegend freiwillig oder durch „sanften Druck" genötigt, bis kurz vor der Novemberrevolution der „reichstreuen Organisation" angehörte, dieses selbe Mansfeld

---

mochte es in den Kohlenbezirken geben, jung, frisch, lebenshungrig, von Armut und dem Alkoholproblem zermalmt?

Ein Mann ging vorbei und grüßte Hal im Halbdunkel mit einem Nicken und einer Handgebärde. Es war der ehrwürdige Herr Spragg, dem die offizielle Aufgabe übergeben war, im Nord-Tal den Teufel zu bekriegen. Am vergangenen Sonntag war Hal in der kleinen, weißen Kirche gewesen und hatte einer doktrinären Predigt gelauscht, in der das Blut des Lammes reichlich geflossen und die die Gemeinde darüber unterrichtete, wo und wie sie für das Elend dieses Tränentales entschädigt werden würde.

Welch grimmiger Hohn schien doch dies! Zweifellos hatten die Menschen einst diese Lehre geglaubt, waren bereit gewesen, ihrerseits zum Scheiterhaufen zu schreiten. Heute aber ging keiner mehr dafür zum Scheiterhaufen — im Gegenteil, die Gesellschaft zwang jeden Arbeiter, einen Teil seines geringen Lohnes für das Verkünden dieser Lehre herzugeben. Wie konnte selbst der unwissendste Eiferer eine solche Einrichtung betrachten, ohne an der eigenen Frömmigkeit zweifeln zu müssen? Irgendwo, an der Spitze dieser großen dividendenzahlenden Maschinerie, die sich die allgemeine Behelzungs-Gesellschaft nannt, mußte eine teuflische Intelligenz stehen, die ihren geistlichen Untergebenen den Befehl gegeben: „Wir wollen die Gegenwart — und überlassen euch die Zukunft! Wir wollen die Körper — und überlassen euch die Seelen! Lehrt sie über den Himmel, was ihr wollt — solange ihr uns erlaubt, sie auf Erden auszuplündern!"

Und in Uebereinstimmung mit diesem Teufelsprogramm durfte der ehrwürdige Herr Spragg gegen den Dämon Rum wettern, so viel er wollte, doch sagte er kein Wort über die Dividenden, die dem Vermieten der Rumläden entsprangen, noch über lokale Politiker, die von der Unterstützung der Gesellschaft und dem Profit des Alkoholverkaufs lebten. Er sprach nichts von den Forderungen moderner Hygiene, die die Ueberarbeitung als den Grund für die Gier nach Alkohol erkannte das Stichwort: „Industrielle Trunksucht" war in der Theologie der Allgemeinen Behelzungs-Gesellschaft unbekannt. Wenn man einer derartigen Predigt lauschte, hätte man meinen können, daß die Zuhörer überhaupt keine Körper besäßen; sicherlich aber hätte man nie zu vermuten vermocht, daß der Prediger einen Leib hatte, der durch Nahrung erhalten wird, die von den überarbeiteten und unterernährten Lohnsklaven produziert wurde, deren Belehrung und Leitung ihm oblag.

(Fortsetzung folgt.)

kannt man nur in der ganzen Welt als einen „Hauptherd der Kommunisten"! Wer trägt die Schuld an dieser merkwürdigen Entwicklung?

Unsern Kameraden, die schon vor dem Krieg im Mansfeldschen treu zum Verband hielten, ist das Leben durch das Pascharegiment der Mansfelder Herren sehr sauer gemacht worden. Während des großen Streiks 1909 schlossen sich viele tausend Mansfelder Kameraden dem Bergarbeiterverband an. "Das rücksichtslose Mansfelder Herrentum rühte aber nicht, bis die Zahl der Verbändler wieder auf eine relativ kleine Gruppe zusammengeschmolzen war. Viele Mansfelder verließen ihre Heimat, sie wollten sich nicht mehr „reichstreu" knechten lassen. Einige Jahre nach dem großen Streike, der mit Hilfe von Militär niedergeworfen wurde, blühte die Gelbenwirtschaft wieder im Mansfeldischen. Einer scheute sich vor dem andern, sie fürchteten Denunziation und Maßregelung. Der gelbe Sumpf breitete sich aus! Kriechertum und Korruption gab den Ton an.

Ihre politischwirtschaftliche „Bildung" erhielten die Mansfelder durch den „Bergboten", ein reichstreues Schimpfblättchen übelster Sorte. Gewerkschaftliche Organisation war trotz reichsgesetzlicher Vereinigungsfreiheit einfach verboten durch die hochlöbliche Werksdirektion. Oberst Klimbim, mordspatriotische Kriegervereinlerei, das war die „geistige Kost" der Mansfelder. Kein deutsches Bergwerksgebiet kannte bis nicht lange vor dem politischen Umschwung ein solches korrumpierendes Scharfmacherregiment wie das Mansfeldische!

Und dieses Gebiet war in der Osterwoche 1921 das vornehmste „kommunistische Aufmarschgebiet"! „Vor dem Sklaven, der seine Kette bricht, vor dem freien Manne zittre nicht!" Wem fällt diese alte Mahnung an die einsichtslos Herrschenden nicht ein, wenn er die Vorgänge im Mansfeldischen überdenkt?"

Die „Bergarbeiter-Zeitung" warnt vor jenen Unternehmern, die in ihren Kreisen wieder Propaganda machen für das System der „starken Faust", für gelbe Gewerkschaften, für „nationale Arbeitervereine".

Wer unter den Unternehmern dazu neigt, seine Macht und seine reichen Geldmittel zugunsten von gelben Gewerkschaften zu mißbrauchen, der sollte sich zuvor bei seinen Kollegen im Mansfeldischen, besonders bei der Direktion der Mansfelder Kupferschiefer kauenden Gewerkschaft erkundigen. Wir hatten einige Wochen vor dem Aufstand mit Direktoren der Gewerkschaft eine gelegentliche Unterhaltung, und die Herren anerkannten unumwunden, daß eine große Schuld an den blutigen Verhältnissen in ihren Werken das alte System der Züchtung von Gelben und „königstreuen Bergknappen" trägt. Sie sind von dem Glauben an die Wirksamkeit solcher Methoden gründlich geheilt, denn heute müssen sie büßen, was im Mansfeldischen vor und während des Krieges an den Arbeitern gesündigt wurde.

Das Mansfelder Beispiel mag jedem Unternehmer zur Warnung dienen. Der Vormarsch des Sozialismus läßt sich nicht aufhalten, am wenigsten durch gelbe Gewerkschaften und Maßregelung der freien Gewerkschafter bezw. der sozialistischen Funktionäre. Der Sozialismus wird und muß kommen, die Unternehmer haben nur eine Wahl: seine Durchsetzung mit friedlichen Mitteln, so wie sie die Sozialdemokratie von jeher angewendet hat, oder die unterdrückten Arbeiter greifen in halber Verzweiflung, in Unvernunft und Unverstand zur Gewalt und reißen damit nicht nur sich, sondern auch das Bürgertum in den Abgrund. —

Die Stinnesierung der Nachrichtenbureaus.

Vor einigen Tagen hat sich eine Fusion zwischen Telegraphenunion und dem Dammert-Verlag in Berlin vollzogen. Die Geldgeber Dr. Dammerts haben dessen Unternehmen an die Telegraphenunion ausgeliefert, Dr. Dammert selbst ist aus dem fusionierten Unternehmen ausgeschieden und hat einen eigenen Nachrichtendienst gegründet. Durch den Uebergang des Dammert-Verlages an die Telegraphenunion, die im Dienste der Schwerindustrie steht, ist ein wirklich unabhängiges Nachrichtenbureau an die Schwerindustrie ausgeliefert worden. Jetzt beschäftigt sich auch die Weltbühne in einem Aufsatz mit der Erwerbung des Dammert-Verlages durch die Schwerindustrie. Wir lesen unter anderem:

„Vor etwa zehn Jahren begründete der Chefredakteur Dammert, von der württembergischen Provinzpresse kommend, in Berlin ein Nachrichtenbureau, dazu bestimmt, politisch anspruchsvollen Zeitungen, die sich eine eigene Berliner Redaktion nicht leisten konnten, einen möglichst vollwertigen Ersatz für diese so wichtige Berliner Vertretung zu schaffen. Das Unternehmen gewann sich allmählich einen Ruf und hat sich durch manche schwere Zeiten, auch des Krieges, seinen guten Namen bewahrt — bis vor kurzer Zeit bekannt wurde, daß der Großkapitalismus auch die Korrespondenz Dammert an sich zu reißen bestrebt sei. Ursprünglich hatte der von dem deutschnationalen Abgeordneten Hugenberg — dem Zeitungsfachmann des Herrn Stinnes, geleitete Vera-Verlag Herrn Dammert, der nach dem Kriege mit seinem Verlag in eine finanziell schwierige Situation geraten war, eine finanzielle Beteiligung und Beihilfe angeboten. Dammert hat, wie er erklärt, dieses Angebot abgelehnt, weil der Druck der Schwerindustrie auf sein Unternehmen dessen journalistische Neutralität hätte brechen müssen. Kurze Zeit darauf ward ihm von einer anderen Seite — nämlich von dem bekannten Konzern Ottmar Strauß — ein ähnliches Angebot gemacht. Dammert scheint in seltsamer Naivität geglaubt zu haben, daß mit den Großhändlerinteressen, als deren Vertreter er den Konzern Strauß ansah, leichter fertig zu werden sei als mit der Schwerindustrie. Auf die ausdrückliche Zusage hin, daß die Geldgeber keinerlei Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Haltung des Unternehmens ausüben würden, und daß er selbst Geschäftsführer des Unternehmens bleibe, entschloß sich Dammert, die Beteiligung anzunehmen. Die neuen Kredite sollten ihm, nach seiner festen Ueberzeugung und nach den Versicherungen der Geldgeber, die Möglichkeit bieten, sein eingeführtes Unternehmen zu einer umfassenden und unabhängigen deutschen Korrespondenz auszubauen. Man veranlaßte ihn zur Einrichtung großer Filialen, zur Anstellung neuer Kräfte, zur Erweiterung der Büros, zur Ausprobierung neuer Diskarten, kurz: zu einer möglichst hohen Beanspruchung der Kredite. Dann aber erklärten ihm plötzlich seine Geldgeber, daß sie ihre Anteile an den Inhaber der Telegraphenunion (das nach WTB. bedeutsamste Telegraphenbureau. Die Red.), Herrn Hugenberg, abzutreten beabsichtigen. Sie verlangten gleichzeitig von Dammert Abtretung seiner Anteile an Hugenberg; Niederlegung des Geschäftsführerpostens; Unterstellung des ganzen Unternehmens unter die Telegraphenunion. Im Falle der Weigerung drohte man mit sofortiger Kündigung der Kredite. Diese Drohung bedeutete: Notwendigkeit sofortiger Konkurserklärung, Brotlosmachung sämtlicher Angestellten. Es blieb Dammert nichts übrig, als auf die Bedingungen einzugehen. Nur mit schwerer Mühe gelang es ihm, wenigstens die Bedingung, daß er auch weiterhin in dem Unternehmen tätig sein müsse, zu beseitigen und sich selber freizumachen.

Dammert ist also aus seinem eigenen, in zehnjähriger Arbeit aufgerichteten Unternehmen ausgeschieden, das jetzt der vom Großindustriekapital beherrschten Telegraphenunion verfällt. Was hier vorliegt, ist: Diebstahl geistigen Eigentums; brutale Niedertrampelung eines journalistischen Lebenswerks; jedes Skrupels entbehrende Geschäftsintrigue, großkapitalistisches Buschkleppertum.

Aber das ist bei weitem nicht alles. Was hier in größtem Stil vorbereitet wird, ist: die systematische Vernichtung aller unabhängigen, selbständigen Nachrichtenbureaus, die sich nicht freiwillig der Schwerindustrie ausliefern. Niemand vermag heute mehr zu sagen, wie weit dieser Prozeß schon fortgeschritten ist. Die Zahl der Zeitungen, namentlich aber der Nachrichtenbureaus, die noch nicht direkt irgendeiner Finanzgruppe des Herrn Stinnes unterstehen, ist erschreckend winzig. Kindliche Annahme, daß es sich bei diesen Manövern etwa um Steuerflucht oder um Verbergung von Kriegsgewinnen handle. Es handelt sich um die planmäßige Unterminierung der Pressefreiheit, um die großkapitalistische Verstlarung der öffentlichen Meinung, um die Errichtung einer einzigen großen Nachrichtenfabrik, die mit allen ihren Betriebs- und Vertriebszweigen einzig und allein den Interessen der Schwerindustrie und des Großhandels zu dienen hat. Dies ist die Korrumpierung des gesamten politischen Lebens, die Zugrunderichtung der Moral der öffentlichen Meinung."

Schließlich wird noch auf folgende weitere Zusammenhänge hingewiesen:

„Soweit der Konzern Strauß bisher Zeitungsaufkäufe vorgenommen hat, war sein Hauptvertreter der Regierungsrat Schwarz, der auch für den Fall Dammert mitverantwortlich ist. Dieser Herr ist heute „Hilfsarbeiter" bei dem Preußischen Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Geheimrat Weismann. Die preußische Regierung duldet schweigend, daß der Berliner Geschäftsvertreter eines Finanzkonzern zugleich einen höchst bedeutsamen Posten als Regierungsvertreter bekleidet. Da das Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung sich auch mit der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten bei der Ein- und Ausfuhr beschäftigt, so droht die Gefahr, daß dieser Regierungsvertreter mit amtlichen Mitteln besondere privatwirtschaftliche Interessen seines Konzerns nicht unwahrgenommen läßt. Aber mehr: dieser Finanzkonzern bekämpft die preußische Regierung mit allen Kräften. Wie will nun die Regierung es verantworten, daß der Mann, der für diesen sie selber bekämpfenden Finanzkonzern mit Zeitungsaufkäufen die Waffen liefert, gleichzeitig ein amtlich bestellter Hüter der öffentlichen Ordnung ist. Dadurch wird verständlich, daß noch heute Herr Strauß in den Räumen des Staatskommissariats wie in seinem eigenen Hause ein- und ausgeht. Der preußischen Regierung sind alle diese Dinge nicht gänzlich unbekannt. Wann gedenkt sie die Folgerungen daraus zu ziehen?"

Es wird allerdings notwendig sein, daß die preußische Regierung zu der Angelegenheit Stellung nimmt.

Notizen.

Die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, welche Maßnahmen die Regierung zur Begleichung der zwischen den Ententeregierungen und der Reichsregierung wegen der Reparationsforderungen entstehenden Differenzen zu ergreifen gedenke und ob die Regierung bereit sei, sich die Wiedergutmachungspläne zu eigen zu machen, die am 4. April in Amsterdam von der interalliierten sozialistischen Arbeitsgemeinschaft entworfen wurden und die sich im allgemeinen mit dem Reparationsprogramm der internationalen Gewerkschaftsbundes deckten.

Reichsregierung und Parteiführerkonferenz. Wie die „Germania" erfährt, hat die Reichsregierung die Führer der Regierungsparteien nach Berlin berufen, um mit ihnen wegen der in Aussicht genommenen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Entente über die Reparationsfrage Fühlung zu nehmen.

Deutschnationale Hüter der Pressefreiheit. Der Abgeordnete Dr. Oberfohren hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: „Der sozialdemokratische Polizeisenator hat aus völlig nichtigen Gründen die nationale Wochenschrift „Hamburger Warte" verboten. Da die Maßnahme auch mit dem Ausnahmezustand in keiner Weise zu erklären ist, stellt sie sich als ein willkürlicher Eingriff in die Pressefreiheit dar. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen Eingriff in die durch die Verfassung verbürgte Freiheit der Presse unwirksam zu machen? Ich bitte um möglichst beschleunigte schriftliche Antwort.

Hochverratsverfahren gegen einen kommunistischen Redakteur. Berliner Blättern zufolge wird gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne", deren gestrige Morgenausgabe wegen des Artikels „Henkerjustiz", der sich mit den Sondergerichten befaßt, beschlagnahmt wurde, das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden.

Volkswirtschaftliches.

Südeuropäischer Wirtschaftsverband. In der Handelskammer zu Berlin wurde vor kurzem der südeuropäische Wirtschaftsverband gegründet, dessen Zweck es sein soll, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, Italien, Jugoslaven, Portugal, Spanien und der Schweiz zu fördern. Wie die deutsch-nordischen Wirtschaftsverbände wird auch der südeuropäische Wirtschaftsverband auf der Grundlage der Gleichberechtigung fußen; er wird nicht bloß deutsche, sondern auch italienische, jugoslavische, portugiesische, schweizerische und spanische Firmen, Einzelpersonen und Körperschaften als Mitglieder umfassen und in gleicher Weise für den Absatz von Waren, Anbahnung von neuen Geschäftsverbindungen usw. Sorge tragen.

Verständigung der Klöckner- und der Stummgruppe. Nachdem bereits im Dezember eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden Gesellschaften beschlossen worden war, ist es jetzt innerhalb der Verwaltung des Hasper Eisen- und Stahlwerks A.-G., nach langwierigen Verhandlungen zu einer Verständigung gekommen. Die Klöckner-Gruppe besitzt etwa 64 Prozent und die Stumm-Gruppe etwa 30 Prozent des Unternehmens. Nunmehr dürfte die Verschmelzung der Hasper Gesellschaft mit dem Lothringer Bergwerks- und Hüttenverein zu Rouxel durchgeführt werden.

Rückgang der französischen Eisenpreise. In der vergangenen Woche haben die französischen Walzwerke ihre Blechpreise um etwa 100 Franken je Tonne ermäßigt. Roheisen zum Export wird von den französischen Hochöfen um mindestens 40 Franken je Tonne billiger angeboten als von den belgischen Hochöfen. Dieser Rückgang in den französischen Eisenpreisen scheint aber seinen Tiefstand noch nicht erreicht zu haben; denn wie uns gemeldet wird, ermäßigte das Konsortium für Hämatitroheisen seine erst jüngst herabgesetzten Preise erneut um 40 Franken je Tonne, also auf 35 Franken die Tonne frei Bestimmungsort.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0003

Gewerkschaftliches.

Zeugniszwangsverfahren gegen einen Gewerkschaftsbeamten.

Wohl fast die gesamte Oeffentlichkeit ist darüber einig, daß die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure dringend beseitigt werden muß, weil der Redakteur z. B. ebenso wie der Arzt sein Berufsgeheimnis wahren muß. Leider ist in der Zeit seit der politischen Umwälzung noch nichts zur Reform des Zeugniszwangsverfahrens getan worden. Es ist aber bezeichnend für den Geist, der gegenwärtig in unserer Rechtspflege herrscht, daß das Zeugniszwangsverfahren jetzt auch gegen Gewerkschaftsbeamte angewendet werden soll, um sie zu zwingen, die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Vorgänge preiszugeben. Ein solches Zeugniszwangsverfahren ist gegenwärtig gegen einen Beamten angewendet worden. Die genannte Organisation hatte eine Denkschrift verfaßt, in denen die Neuorganisation des Vermessungswesens gefordert wurde. Die sachverständigen Ausführungen hatten zur Folge, daß ihnen nicht etwa Rechnung getragen wurde, sondern daß die an der Erhaltung der rückschrittlichen Zustände interessierten Kreise nachforschten, welche Beamten etwaiges Material für diese Denkschrift geliefert hätten. Der Verdacht richtete sich in der Hauptsache gegen einen Beamten der Landesaufnahme. Es wurde deshalb gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ein Gewerkschaftsbeamter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten als Zeuge geladen. Selbstverständlich verweigerte der Beamte jedes Zeugnis, mit der Begründung, daß eine Aussage über die Herkunft der Unterlagen einen Vertrauensbruch der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern bedeuten würde. Der Verweigerung der Zeugenaussage folgte sofort die Bestrafung des Zeugen mit 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft, sowie die Verurteilung zur Tragung der verursachten Kosten.

Gegen dieses Vorgehen ist selbstverständlich sofort Beschwerde eingelegt worden. Aber auch in der Oeffentlichkeit muß mit allem Nachdruck gegen ein derartiges Vorgehen Protest eingelegt werden, das von einer vollkommenen Verkennung der Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten zeugt.

Aus aller Welt.

Berlin. Die Verbrecherfalle im Schornstein. In der Gollnowstraße wurde in den Morgenstunden des Montag ein Verbrecher von der Polizei verfolgt. Die Jagd ging über die Dächer. Da ihm die Beamten auf der Ferse waren, kroch er in den Schornstein des Hauses Nr. 34, wo er in der Höhe des dritten Stockes stecken blieb. Alle Versuche, ihn nach oben oder unten herauszuziehen, mißlangen, weshalb die Feuerwehr herbeigerufen wurde. Sie mußte ein Loch in den Schornstein stemmen und den Verbrecher befreien, der dann festgenommen wurde.

Bochum, 12. April. Bergwerkskatastrophe. Auf der Zeche Konstantin, Schacht 6 und 7, ereignete sich heute vormittag kurz nach 10 Uhr eine Schlagwetterexplosion. Ein Teil der Belegschaft konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen und ausfahren. Auf der Unglücksstelle sind zahlreiche Rettungsmannschaften von den benachbarten Konstantinschächten, sowie von den Zechen Lothringen und Hibernia eingetroffen, die gegen 12 Uhr mit Sauerstoffapparaten eingefahren sind. Bis gegen 1 Uhr wurden 15 Tote und 10 Verletzte zutage gefördert. Die Hilfsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da der größte Teil der Zeche infolge der Gewalt der Explosion in Bruch gegangen ist. In der Grube befinden sich jetzt nur noch einige Bergleute, sodaß die Gesamtzahl der Opfer 25 nicht übersteigen wird.

Briefkasten der Redaktion.

O. S. in Qu. 1. Ja, nach Maßgabe der vom Miteinigungsamt erlassenen Bestimmung. 2. Ja, ein Rechtsweg ist ausgeschlossen. (Wir verweisen hierbei auf unseren heutigen Artikel über diese Frage.) 3. Im allgemeinen etwa 50 Prozent gegenüber dem Mietpreis der Vorkriegszeit. 4. Maßgebend sind die Bestimmungen des zuständigen Mieteinigungsamtes.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis“ und Feuilleton Willi Laucke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil: Karl Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzog; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Gemäß den Nachträgen III. bis VII. zu den Stromlieferungsbedingungen sind für die Monate April bis Juni 1921 für Niederspannungsstrom folgende Preise und Gebühren zu bezahlen:

217 Pfg. für die Kilowattstunde Kraftstrom (§ 4 I);
342 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom (§ 4 I);
315 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom für Wohnungen (§ 4 IIa);
62,80 Mk. Jahresgebühr für jede sechzehnkerzige Lampe in selbsttätigen Treppenbeleuchtungsanlagen und
105 Mk. Jahresgebühr für jede 40 Watt-Lampe in Pauschalanlagen.

Halle, den 11. April 1921. **Der Magistrat.**

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesell.gen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Holzweißig. Donnerstag Abend im Lokal „Prätich“ große öffentliche Volksversammlung. Thema: „Die Gefahren der Putschtaktik.“ Die Genossen, sowie die Volksstimme-Leser, werden gebeten die Versammlung zu besuchen. **Der Vorstand.**

Naumburg. Freitag, den 15. April, abends 7 Uhr, im Ratskeller Volksversammlung. **Der Vorstand.**

Leo Peukert der beliebte Filmschauspieler als Regisseur persönlich

Walhalla-Lichtspiel-Theater

ab Freitag, den 15. April 1921.

Städtisches Solbad Wittekind

Sommerkonzerte 1921

Dauerkarten für Erwachsene werden vom 15. April ab ausgegeben bei:
H. Holban, Gr. Ulrichstr. 38
R. Koch, Alte Promenade 1a.
A. Manthey, Gr. Ulrichstr. 12,
Filiale d. Saale-Zeitung, Gr. Ulrichstr. 52
für Erwachsene und Kinder im Badebüro, Bad Wittekind.
für Studierende beim Universitätskastellan.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Halle.

Achtung Kollegen!

Die Uebergabe der Büroräume ist durch Gerichtsbeschluß herbeigeführt worden. Die vom Vorstand ihres Amtes enthobene Ortsverwaltung hat in der **Lerchenfeldstraße** ein neues Büro eröffnet und wollen den Mitgliedern glauben machen, daß dieses die rechtmäßige Verwaltungsstelle sei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß dieses Büro in der Lerchenfeldstraße nichts mit dem **Deutschen Metallarbeiter-Verband** zu tun hat, sondern wer sich dort anmeldet seine Mitgliedschaft verliert. Diejenigen Mitglieder welche ihre erworbenen Rechte aufrecht erhalten wollen, fordern wir hiermit auf, sich unter **Angabe ihrer Adresse und Vorlegung des Mitgliedsbuches im Verbandsbüro, Harz 42/44** umgehend zu melden. Die Meldung ist unbedingt notwendig, weil die ihres Amtes entsetzte Ortsverwaltung die gesamte Mitgliederkartothek entfernt hat.

Beiträge sind nur an Unterkassierer zu entrichten, die sich durch Legitimation, unterzeichnet Kurt Leske, ausweisen können.

Die prov. Ortsverwaltung.
J. A.: **Kurt Leske.**

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 14. April. Anfg. 7. Ende 10 Uhr:
Wenn Liebe erwacht
Operette von Künneke
Freitag:
Drum prüfe, wer sich ewig bindet

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Apollo-Theater Tägl. 7½!
Nur noch 3 Mal:
„Onkel Muz“
Singspiel in 3 Akt. von Gilbert.
Sonnabend z. 1. Mal
„Die Perle der Frauen“
Baudev ?e in 3 Akten v. Fiedler.

Lederpantoffel
in nur guter Qualität, holzgenagelt und durchgenäht :-: mit und ohne Polster sowie :-:
Handwerkerschuhe
offeriert zu den billigsten Preisen
Lederpantoffel-Versandhaus, Halle a. S., Steinweg 24.
Wiederverkäufer erhalten Vorzugspreise!

Reines weisses
Schweine-Schmalz
Pfund **10.00**
Feine frische
Margarine
Pfund **7.80**
F. H. Krause

Neu! Neu!
Soeben erschienen!
Heimliche Abtreibung oder ärztlicher Eingriff
Warum sind die §§ 218 und 219 des St.-G.-B ein schweres Unrecht an werdenden Müttern
Aufklärungsschrift über die Abtreibungsparagraphen
von Dr. Kronheim
Arzt in Brandenburg (Havel)
Anerkannt von bekannten Persönlichkeiten
Preis Mk. 1.50
Zu beziehen durch:
Buchhdlg. Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.

8tung!
Die Kohlenkarten für 1921/22 werden in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen und ich bitte meine verehrl. Kundschaft sich rechtzeitig in meine **neuen** Kundenlisten für Bahn- resp. Landbezug eintragen zu lassen.
Glück auf
August Kretzschmar Nachf.
Alfred Zipfel
Holz- und Kohlenhandlung.
Naumburg a. S.
Kontor: Neuengüter 30 Lager: Moritzberg
Fernruf 974.

Stellen finden

Stellungsuchende
finden sicheren Erwerb durch Abonnentensammeln für gern gelesene Hausfrauenwochenzeitschriften. Keine Versicherungsblätter. Näheres Schmeerstraße 17/18 I.

Dienstmädchen ges.
Franz Otto, Crumpa bei Lützgendorf Bez. Halle a. S. Kleinbahnstrecke Merseburg-Mücheln.

Vermischtes

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radiumhalt. Schmiedebg Moor- u. medizinischen Bäder

Reparaturen an **Uhren** Gold- und Silberwaren, sowie Schmucksach. übernimmt bei solid Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt Große Steinstraße 85. (gegenüber Barfüßerstraße).

Bohnerwachs
gelbund weiß.
Für farbiges
Linoleum
rotbraun und grün
Bohnerwachs
mit Farbe für abgelaufene Fußböden
1 Pfund nur 10.— Mark.
Drogerie
Max Rädler
nur Rannischestr. 2
Ecke Sternstraße.

Nur für Frauen
Totsicher
leiste ich Ihnen in jedem Falle schnellst. Hilfe durch mein anerkannt wirksames Spezialmittel bei jedweder **Blutstockung od. Regelstörung.** Garantiert unschädl. Geld zurück. Wirkt in den meisten Fällen schon in 1–2 Tg. und biete ich Ihnen durch mein Mittel bei richtiger Anwendung absolute Hilfe. Achten Sie genau auf untensteh. Adr. Es befind. sich viele minderwertige Nachahmungen im Handel wenden Sie sich daher nur an mich, wenn Ihnen **wirklich** geholfen sein soll. Streng diskr. Vers. B. Böhm, Hbg. 31, Prätoriusweg 7.

Saatkartoffeln
p. Ztr. 55.— Mk. hat abzugeben.
Allgemeiner Konsum-Verein
Landsbergerstraße 13.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag, den 15. und Sonnabend den 16. d. Mts. von 9 Uhr vormittags an findet in unserem Fundbüro hier, Thielenstraße Nr. 1, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt.

Eisenbahndirektion.

Ganz Halle filmt im **Walhalla-Lichtspiel-Theater**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Distriktsversammlungen!

1. bis 5. Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Meyer, Restaurant „Hettstedter Bahnhof“, Ecke Hafenstraße.

6. Distrikt. Sonnabend, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bürgerkasino“, Bertramstraße.

7. und 7a Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Geßner, Beesener Straße, Eingang Wolfstraße.

Distrikt 8 und 9. Unsere Distriktsversammlung findet am Mittwoch, den 13. April, abends ½8 Uhr in der „Bernhardyhalle“ statt.

9. und 9a Distrikt hält die Distriktsversammlung erst nächste Woche ab. Tag wird noch bekanntgegeben.

10. Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Stadt Erfurt“, Südstraße.

11. Distrikt hält die Distriktsversammlung erst nächste Woche ab. Tag wird noch bekanntgegeben.

12. und 13. Distrikt. Montag, den 18. April, abends 7½ Uhr, Restaurant „Aktienbrauerei“, Dessauer Straße.

14. und 15. Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, bei Wilsdorf, Karlstraße.

16. Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Schloß Rheinsberg“, Yorkstraße.

17. bis 19. Distrikt. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Schmelzers Höhe“, Eichendorffstraße 19.

20. Distrikt. Cröllwitz, Dienstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bergschenke“.

Frauenausschuß der S. P. D. Freitag, den 15., abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung des Frauenausschusses mit den Genossinnen der einzelnen Distrikte.

Der Vorstand.

Arbeiterjugend. Freitag, abends ½7 Uhr, Spiel und Tanz auf der Peißnitz.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Halle. Unsere nächste Versammlung findet bestimmt am 15. d. M., abends 7 Uhr, im Vereinslokal Wilsdorfs „Gesellschaftshaus“, Karlstraße 14, statt. Kamerad Klemm spricht über die Heilbehandlung nach dem Reichs-Versorgungsgesetze.

Freier Sängerchor Halle a. S. Donnerstag, den 14. April, abends 7½ Uhr, Singestunde im Vereinslokal.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 13. April 1921.

Genosse, wo ist deine Frau?

Mit Recht nimmt die Frauenagitation in unserem Arbeitsprogramm einen breiten Raum ein, liegt doch die Aufklärung der Frau sehr im argen. Darüber sind wir uns aber wohl einig, daß wir die Frauen aufklären müssen.

Vielen Genossen scheint diese Arbeit aber zu winzig zu sein. Wie wäre es sonst möglich, daß in Gruppen mit 70 bis 100 Mitgliedern ungefähr 10 Frauen sind? Daß in Versammlungen die Frauen so schwach vertreten sind? Die meisten Genossen sind doch verheiratet, darum frage ich heute in aller Oeffentlichkeit: Sag — Genosse, wo ist deine Frau?“

Ein Genosse gab mir einmal die Antwort, wir wollen uns bemühen, die Männer zu überzeugen, dann bekommen wir die Frauen von selber! — Das ist ein gefährlicher Irrtum! Nach diesem Rezept bekommen wir im besten Falle gedankenlose Mitläuferinnen. Ein anderer Genosse erklärte, seine Frau schimpfe schon darüber, daß er so viel unterwegs sei! Genossen, habt ihr euren Frauen schon einmal klar gemacht, daß die Partei kein Kegelklub ist, in dem ihr einen Sonntagsbraten auskegeln wollt, sondern eine Kampfpartei, die um Sein oder Nichtsein der Arbeiterklasse, einschließlich eurer Frauen ringt? Eine Kampfpartei, die den Schurkenstreich der Bourgeoisie, 15 bis 20 Millionen verhungern zu lassen, um die in allen Fugen krachende kapitalistische Wirtschaft wieder zu befestigen, verhindern will! Genossen, nehmt eure Frauen mit, daß sie am Kampf teilnehmen, und ihr werdet staunen, ihr werdet bald erleben, daß eure Frauen nicht nur euch nicht hindern, sondern daß sie euch anfeuern. Den Frauen aber, die erklären, sie haben keine Zeit, denen möchte ich sagen. Auf, ihr Frauen! Nehmt euch die Zeit, und wenn ihr sie direkt stehlen müßt! Tut ihr es nicht, stellt ihr euch nicht den Männern an die Seite, dann werdet ihr einmal Zeit haben müssen zu verhungern. Auch den Frauen, die mutlos und verzweifelt dahinvegetieren, möchte ich zurufen: Rafft euch auf! Schließt die Reihen! Durch sittliches Dulden und Leiden besiegt ihr den Feind nicht! Nach dessen Willen sollt ihr ja untergehen. Die Zähne zusammengebissen und die Fäuste geballt, nur so können wir zum Ziele gelangen.

Und ihr, Genossen, schlagt einmal an eure Brust — ist eure Bequemlichkeit nicht auch manchmal schuld, daß eure Frauen keine Zeit haben?

Es geht um alles! — Du, Genosse, der du dieses liest, ich frage dich: „Wo ist deine Frau?“

Beschlüsse des Mieteinigungsamts unanfechtbar.

In weiten Kreisen der Mieter und Vermieter herrscht noch Unklarheit darüber, ob der Beschluß des Mieteinigungsamts für die ordentlichen Gerichte bindend ist, ob er im Klagewege mit Erfolg angefochten werden kann oder nicht. Hierüber schafft eine kürzlich gefällte grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichts, 3. Zivilsenat, Klarheit. Es wird darin ausgeführt: Nach § 7 der Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 sind die Entscheidungen des Mieteinigungsamts unanfechtbar und seine Bestimmungen als solche des Mietvertrages zu behandeln. Daraus folgt nicht nur, daß es kein Rechtsmittel gegen Beschlüsse des Mieteinigungsamts gibt und daß auch eine Klage gegen seinen Spruch ausgeschlossen ist, sondern es muß auch, wenn die beabsichtigte rasche, endgültige Erledigung von Mietstreitigkeiten erzielt werden soll, der Inhalt eines solchen Beschlusses für die Parteien selbst wie für ein später entscheidendes Gericht sachlich bindend sein. Natürlich wird damit dem Mieteinigungsamt nicht allgemein die Macht beigelegt, jeden Streit, der ihm vom Mieter oder vom Vermieter unterbreitet wird, bindend zu entscheiden. Es muß sich dabei in den Grenzen seiner Zuständigkeit halten, und ob es dies getan hat, ist auch von dem ordentlichen Gericht zu prüfen. Die Grenzen der Zuständigkeit ergeben sich aus der Mieterschutzverordnung vom 23. September 1918 und sind nach deren Sinn und Zweck und unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen möglichst weit zu ziehen.

Fünfte Tagung des Sondergerichtes Halle.

Terror war die Seele des Putsches.

Verhandelt wird gegen Arbeiter Karl Huppe, Arbeiter Walter Heinrich und Arbeiter Walter Rose aus Dölau und Ammendorf. Sie werden angeklagt, durch gewaltsame Handlungen in Ammendorf und Radewell die Verfassung des Deutschen Reiches umzustürzen versucht zu haben. Huppe gibt an, aus Neugierde am 2. Osterfeiertage von Radewell nach Ammendorf gegangen zu sein, dort ohne eigene Schuld unter die bewaffneten Banden geraten zu sein, was dann am gleichen Abend zu seiner Verhaftung durch die Schutzpolizei führte.

Arbeiter Heinrich behauptet übereinstimmend mit den Angeklagten der früheren Tagungen, daß „Max Hölz“, der wie man aus den Aussagen der Gefangenen bemerkt, offenbar wie ein zweiter Herrgott geschaltet hat — alle Kampfesunmutigen mit dem Tode des Erschießens bedrohte und dadurch die Arbeiter gewaltsam zum Eintritt in die rote Armee zwang.

Walter Rose will ebenfalls unter Zwang gehandelt haben, als er sich in Ammendorf dem bewaffneten Haufen anschloß. Außerdem habe er keine Waffe in der Hand gehabt, sondern nur eine Art Vorpostendienst geleistet.

*

Der Staatsanwalt beantragt für Huppe 6 Monate Gefängnis, für Heinrich 1 Jahr Zuchthaus, für Walter Rose 8 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger zieht alle Momente der Milderung, die sich aus obigen Angaben der Angeklagten ergeben, in Betracht, weist namentlich auch darauf hin, daß es wieder irregeführte Jugendliche sind, die die Sünden der Hetzer zu büßen haben. Er bittet das Gericht für Huppe und Rose auf Freispruch, für Heinrich auf die mildeste Strafe zu erkennen.

Das Urteil.

Es werden verurteilt: Huppe, nach § 127, zu 2 Monaten Gefängnis, Heinrich zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, da er in die „Rote Armee“ eingetreten ist, Rose zu 3 Monaten Gefängnis.

*

Angeklagt wird Karl Höckel, Former aus Halle, da er in Stedten mit einem Gewehr bewaffnet, sich den Aufständischen angeschlossen hat und Requisitionen vornahm. Er gab eine wenig glaubhafte Erzählung, daß er von Halle nach Stedten gewandert sei, um sich Arbeit zu suchen, daß er den Aufstand mißbillige und im parlamentarischen Kampf die Aufgabe der Kommunisten sehe. Der Staatsanwalt beantragt 2 Jahre Gefängnis, der Verteidiger bittet um mildernde Umstände.

Das Urteil.

Karl Höckel wird zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

H-r.

Metallarbeiter, aufgepaßt!

Die vom Hauptvorstand eingesetzte kommissarische Ortsverwaltung gibt in der heutigen Nummer der „Volksstimme“ bekannt, daß jetzt die Uebergabe der Büroräume durch Gerichtsbeschluß von den kommunistischen Organisationsspaltern erzwungen worden ist. Die letzteren haben schon alles zur Spaltung vorbereitet und in der Lerchenfeldstraße, dem kommunistischen Hauptquartier, eine neue Organisation aufgemacht. Das Werk der Weyer, Freundlieb und Genossen ist vollendet. Wer seine langjährig erworbenen Rechte nicht verlieren will, achte darauf, daß er nur an die Kassierer Beiträge entrichtet, die Marken und Zeitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes führen.

„Die Arbeiterbildung“

nennt sich eine Monatsschrift, die das Bildungsorgan der Jungsozialisten ist. Mehr denn je ist heute notwendig, für die Vertiefung sozialistischen Denkens und Empfindens zu wirken. Mit der Verbreiterung der sozialistischen Bewegung ist leider auch zugleich eine Verflachung eingetreten. Diesem Uebelstand im Interesse des Sozialismus abzuhelfen, ist Aufgabe und Ziel der Jungsozialisten. In diesem Bestreben tritt ihnen „Die Arbeiterbildung“ zur Seite. In jedem Heft werden von anerkannten sozialistischen Führern Beiträge veröffentlicht, welche über die Geschichte und Theorie des Sozialismus unterrichten. Auf die Bildungsarbeit wird besonderer Wert gelegt. Außerdem kommen in der Rubrik „Die Tribüne der Jugend“ die Jungsozialisten selbst zum Wort. Die Schrift, welche in der Buchhandlung „Volksstimme“, Große Ulrichstraße 27, bestellt werden kann, sei allen Jungsozialisten und denen die es werden wollen, bestens empfohlen.

Beschwerden unserer Leser

über den redaktionellen oder Inseraten-Teil der „Volksstimme“, sowie Beschwerden der Berichterstatter sind an den Vorsitzenden der Preßkommission, **Hermann Garbe**, Harz 42/44, zu richten.

Beanstandungen in der Zustellung des Blattes wolle man **dem Verlag Volksstimme** G. m. b. H., Gr. Ulrichstr. 27, melden

Die Preßkommission.

Leunawerk.

Edgar Hahnewald.

Immer wieder in den Tagen des kommunistischen Märzaufruhrs las man diesen Namen. Die Zeitungsnotizen, aus denen man erfuhr, daß dieses Riesenwerk in ein bewaffnetes Heerlager der Anarchie verwandelt worden sei, machten ganz Deutschland aufmerksam auf diesen Industriegiganten. Bis dahin wußten nur wenige von der Existenz des Leunawerkes. Bis dahin kannten fast nur die Reisenden, die mit den Nachtzügen der Strecke Berlin—Frankfurt diese Gegend passierten, den Namen dieses Werkes. Wenn der Zug durch dieses Stück nächtliche Deutschland donnerte, strahlte draußen eine schier endlos scheinende, vielschnürige Lichterkette auf. Der Glanz verwandelte die Nacht in schwarzen Samt, auf dem die Lichterreihen wie Perlengeschmeide schimmerten. Der Anblick war packender Pracht, er wirkte wie das festliche Strahlen eines Vergnügungsplatzes von amerikanischen Dimensionen. Irgendein Mitreisender wußte dann, daß das die Lichter des Leunawerkes seien. Das festliche Strahlen ließ als Ideenverbindung in der Erinnerung das Wort Lunawerk zurück. Und später, während eines kurzen Aufenthalts in Naumburg, hörte ich, daß die Arbeiter das Werk spottweise ihren Lunapark nennen.

Ich sprach damals mit verschiedenen Leunaarbeitern. Aber alles, was man erfahren konnte, gab dem Werke gigantische Dimensionen. Fragte man nach der Zahl der Arbeiter, so hörte man immer höhere Tausende. Zwanzig-, dreißig-, vierzigtausend. Genau wußte es keiner, auch von denen nicht, die dort arbeiten. Aber zu bestimmten Stunden des Tages begegnete man auf allen Strecken dieser Gegend beängstigend überfüllten Zügen. In den Abteilen drängte sich Kopf an Kopf. Auf den Trittbrettern, auf den Steigtritten unter den Bremserhäuschen klebten, klammerten, hingen die Arbeiter wie wimmelnde Bienentrauben. Und kamen diese Züge, hielten sie in den Umsteigestationen, stürmten diese Arbeiter vorwärts, schreiend, drängend, rücksichtslos, alles zur Seite werfend die Bahnsteige entlang, Treppen hinab, Treppen hinauf, nahmen sie den nächsten Zug im Sturm, jeder nur auf sich bedacht, jeder für Minuten des andern Feind, und hingen sie dann wieder wie Trauben auf Trittbrettern und Stufen, so hörte man immer wieder nur: Das sind die Leunaarbeiter.

Die Leunaarbeiter — das sprechen die kleinen Bürger mit einem Beiklang von Abscheu und Entsetzen aus, wenn sie gezwungen sind, um diese Zeit mit Zügen dieser Strecken zu fahren. Und gewisse Züge, die von der Station Corbetha abfahren, und die den ärgsten Ansturm der von dem in der Nähe liegenden Leunawerk kommenden Arbeiter auszuhalten haben, gelten bei der Bevölkerung und der umliegenden Kleinstädte geradezu als gemieden.

In zweimaligem Schichtwechsel strömen die Arbeiter im Leunawerk zusammen. Von überall her kommen sie. Aus dem ganzen Distrikt, von Leipzig bis Erfurt, von Halle bis Zeitz saugt das Werk die Arbeiter auf. Und immer noch wächst es. Immerfort karren die Loris und schütten Betonmassen in die Verschalungen neuer Grundmauern. Es wächst und saugt, verbraucht und produziert mit der elementaren Unpersönlichkeit einer Naturmacht.

Es saugt Arbeitskräfte auf, verbraucht sie, die in diesem industriellen Verdauungsapparat nichts als winzige Teilchen, unpersönliche Zahlen sind. Menschen sind diese Arbeiter irgendwo in Halle, in Leipzig, in Erfurt — im Leunawerk sind sie Atome mit irgendeiner Funktion, von deren Bedeutung sie wiederum nichts wissen. Fragt man, was in diesem Werk eigentlich fabriziert wird, so sagt der eine: Kali; der zweite: Sprengstoffe; der dritte: chemisches Giftzeug. Genau weiß es keiner. Sie haben dort nur irgendeine Arbeit zu verrichten, sie wohnen irgendwo viele Stunden weit entfernt, sie bekommen ihren Lohn von irgendeinem Beamten hingezählt, den sie nicht kennen, der sie nicht kennt, der wiederum dafür, daß er Löhne auszahlt, Gehalt hingezählt bekommt von einem andern Beamten, von dem er kaum den Namen und nichts weiter weiß. Die Arbeiter kennen sich untereinander ebenfalls nicht, der eine wohnt in Zeitz, der zweite in Naumburg, der dritte in Weißenfels. Sie kämpfen nur täglich miteinander um einen Platz im Zuge, um einen schmalen, lebensgefährlichen Platz auf einem Tritt unterm Bremserhäuschen.

Wie fremd, wie unpersönlich da Tausende von Arbeitern in einen Produktionsprozeß eingespannen sind, dafür ereignete sich gerade damals ein entsetzliches Beispiel.

Eines Tages fragt eine Frau im Werke ratlos nach ihrem Manne, der nicht heimgekommen ist. Niemand weiß, wo er blieb. Er ist verschollen. Spurlos. Tagelang. Einige Tage später löst man die Verschalung von einer fertig gewordenen Betonmauer. Da sitzt ein Stiefel in die Wand eingegossen. Die Zimmerleute hatten oben noch die Verschalung verbessert. Der Arbeiter wollte, so vermutete man, die Hackspäne aus der Tiefe der Verschalung wegräumen. Niemand wußte, daß er da unten stand. Die Betonmassen verschütteten ihn und mauerten ihn ein. Man hackte den Toten heraus und begrub ihn.

So erzählten damals — es war im Herbst 1920 — die Arbeiter des Leunawerkes. Soviel ich weiß, ist der Vorfall von der Werksleitung bestritten worden. Die Arbeiter blieben bei ihrer Schilderung und erwiderten auf das Dementi: Natürlich soll die Geschichte vertuscht werden. Sie erzählten diese „Geschichte“ ganz sachlich, ohne sichtliche Erschütterung. Unglücksfälle ereignen sich täglich auf dem Werke. Die Gewöhnung daran stumpft ab. Jeder kann täglich Opfer eines Unglücks sein.

Mag nun dieser Vorfall sich ereignet haben, mag er entstellt, übertrieben oder ganz erfunden sein — in jedem Falle wirft er ein Erstarren machendes Licht auf das Dasein dieser Leunaarbeiter. Selbst daß sich ein solcher Bericht erfinden ließe und ohne weiteres von den Arbeitern des Werkes selbst für möglich gehalten, ohne weiteres geglaubt und mit kühlem, sachlichen Interesse weitererzählt würde, selbst das wäre kennzeichnend.

Tausende von Arbeitern sind hier zusammengeballt. Einer kennt den andern nicht. Ein näheres Sichkennenlernen ist ausgeschlossen. Nur Aeußerlichkeiten wirken.

Acht Stunden täglich leben die Arbeiter in der unpersönlichen Atmosphäre dieses Werkes. Vier und noch mehr Stunden täglich verbringen sie, wartend auf Bahnhöfen, Züge stürmend, eingepfercht in Zügen zum krassesten Egoismus gezwungen, unter dem lärmenden Druck von Enge, Hitze, Schweiß, Streit. Für den schmalen Rest des Tages sind sie Menschen, Gatten, Väter. Daheim, wo in neunzig von hundert Fällen Sorgen, häusliche Widerwärtigkeiten auf sie warten. Und am nächsten Morgen erkämpfen sie sich wieder einen Platz im Zuge. Und für acht Stunden sind sie wieder als Atome in den Riesenmechanismus des Werkes eingegliedert.

Das alles schafft eine seelische und geistige Atmosphäre von dauernd lastender Wirkung. Macht man sich das klar, so ahnt man die Psychologie dieser Arbeiter. Jeder, mit dem man spricht, sehnt sich aus dem Werke fort. Und jeder muß bleiben, weil ihm sonst nur das noch schlimmere Dasein eines Arbeitslosen winkt. Aber die dumpfe Sehnsucht nach einer Aenderung, einer Erlösung bleibt. Sie lastet auf ihm. Und in der Zusammenballung so vieler Arbeiter wird sie zur Massensehnsucht, sie wächst zur Potenz.

Treten in dieser Atmosphäre kommunistische Agitatoren auf, predigen diese ihre zwar vagen, aber verlockenden und in dieser die Arbeiter umgebenden widerwärtigen Wirklichkeit faszinierenden, fanatisierenden Ideen, so ist längst ein aufnahmefähiger, aufnahmebereiter Keimboden da, in dem diese Ideen Wurzeln schlagen und krause, wildwuchernde Schößlinge treiben können. Der Sozialdemokrat mit seinen nüchternen, sachlichen, realpolitischen Wirtschaftsprogramm lehrt vor tauben Ohren, vor ungeduldig sich Abwendenden. Der kommunistische Phantast, der radikale Phraseur siegt leichten Spiels. Die Tatsache, daß die dumpfe Angriffslust den Gegner unpersönlich empfindet, daß, wie im modernen Kriege, durch dessen psychologische Schule jeder dieser Arbeiter ging, gegen einen unsichtbaren, unsichtbar bleibenden Feind zu kämpfen ist, wirkt mit.

Ein winziger Anstoß setzt diese längst vorhandene, lange geschürte Bereitschaft in Aktion um. Das Werk selbst hat wider Willen Möglichkeit dafür schaffen helfen. Da es Menschen nur als numerierte, nur nach der Funktion spezialisierte Arbeitskräfte verwertet, diese Arbeitskräfte aber zu Tausenden zusammenballte und gar nicht nach ihrer Herkunft, ihrem Wesen fragen kann, da ihm diese Arbeitskräfte in ihrem Wert oder Unwert als Menschen gleichgültig sein müssen, hat es seinem Organismus unter den Tausenden auch soundsoviel Elemente mit verbrecherischen Neigungen, mit pathologischen Eigenschaften eingegliedert. Tritt eine dumpfe Gärung in das Stadium der Aktion ein, so bleiben gerade die besonnenen, nüchternen, klaren Menschen in dieser Masse passiv. Der hemmungslosere Mensch ist in solchen Stadien der Zuspitzung immer auch der aktivere, aggressivere. Fanatische Agitatoren berauschen sich und andere. Indifferente und zum radikalen Ueberschwang neigende Jugendliche sind ihr willfähiger Heerbann. Verbrecher und Pathologen verstehen die Direktiven der ideologischen Schwärmer und Fanatiker auf ihre Art. Letztere schufen die ideellen Voraussetzungen, erstere reißen die Führung zur Tat an sich, alle passiven Kräfte ebben zurück, werden beiseite geschwemmt oder mit Gewalt zur Teilnahme gepreßt — über Nacht tritt das bis dahin kaum gekannte Leunawerk als Brandherd eines kommunistisch-anarchischen Aufruhrs weithin sichtbar in Erscheinung.

Genaue Kenner des Werkes werden diese psychologischen Zusammenhänge schlüssiger erklären, klarer zergliedern können, als es diese Impression tun kann. Sie ist nicht mehr als ein Versuch, massenpsychologische Erscheinungen aus dieser riesenhaften revolutionären Aufwallungen indifferenter Massen, als Ergebnisse kommunistischer Hetzarbeit nicht zu erklären sind. Und das Leunawerk scheint mir ein typisches Beispiel einer solchen Zusammenballung von Arbeitern zu sein, die nicht einfach die Vervielfachung einer normalen Fabrik ist. Durch diese riesenhafte, innerlich doch so lose Zusammenballung unübersehbarer Arbeitermassen in einem solchen Werke entsteht, wie Otto Flake es einmal von den Großstädten sagte, „etwas Neues, Mehrdimensionales, wie aus der Multiplikation von Flächen ein Raum entsteht.“ Es wird eine besonders geartete geistige und seelische Atmosphäre geschaffen, eine komplizierte Massenpsyche, an der man nicht vorbeidenken darf, wenn ihre Wirkungen schreckensvoll sichtbar in Erscheinung treten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0005

Der Okkultismus und seine Phänomene. Der gestrige Lichtbildervortrag von Reinhold Gerling in der „Loge zu den drei Degen" wurde so stark besucht, daß viele betrübt umkehren mußten, weil der Saal ausverkauft war. Und sie kehrten wirklich „betrübt" zurück. — Es kann wohl gesagt werden, daß in dem geräumigen Saal fast alle Gesellschaftsschichten vertreten waren: Frauen natürlich in der Mehrzahl. Das Interesse für die „Rätsel des Seelenlebens" und für die ganze neue „geisterhafte Wissenschaft" hat in den letzten Jahren ungeheuer zugenommen. Die Erklärung des Vortragenden hierfür: die gesteigerte Beschäftigung mit okkulten Vorgängen sei eine Reaktion auf das bisherige nur „beweisbare" Denken, ist sicherlich zu einem Teile zutreffend. Zugleich kann aber auch darauf hingewiesen werden, daß unsere aufwühlenden, unnormalen Zeiten einen guten Boden für den Glauben an möglichst geheimnisvolle, unerklärbare Dinge abgeben. Daß sich geschäftstüchtige Schwindler diese Sucht weiter Volkskreise nach „Aufklärung" über bisher noch rätselhafte, unaufgeklärte psychologische Erscheinungen zunutze machen, sei nur nebenbei erwähnt. Die Schuld hieran trägt allerdings meist das Volk selbst. — Der gestern gehörte Vortrag war „volkstümlich", allerdings nicht immer im besten Sinne des Wortes. Die Schilderungen über mancherlei „gruselige" Vorkommnisse waren weit auskladend und schienen darauf berechnet zu sein, einen möglichst großen Effekt bei den Zuhörern hervorzurufen. Der zweite Teil des Vortrages, wie auch viele Lichtbilder waren den Besuchern der erst kürzlich hier gegebenen Czernin-Vorträge bereits bekannt. Den Okkultismus erklärte der Redner als „noch unentdeckte Naturwissenschaft". Die Verahnungen, Prophetie, Gedankenübertragung, Spiritismus usw. gehören in dieses Gebiet.

Er gab für die einzelnen okkultistischen Fächer oft verblüffende Beispiele und Hypothesen, die wohl geistreich, aber nicht immer sehr glaubhaft erschienen. Das kommt aber weniger auf das Konto des Auslegers, als auf die Neuheit der Wissenschaft vom Okkultismus. Interessantes wußte er über den Schwindel der Medien zu berichten: „Tatsache ist, daß fast alle Medien einmal geschwindelt haben." Das sollte allen Freunden des Geisterspuks doch eine gründliche Lehre sein. Zum Schluß seiner mit großer Spannung aufgenommenen Darlegungen ging er noch auf die Materialisationsphänomene ein, die sicherlich zu den geheimnisvollsten, merkwürdigsten Erscheinungen unseres psychischen Lebens gehören.

Ein unbeteiligter Laie wird allerdings niemals nachprüfen können, ob in dieser oder jener Photographie Schwindel oder Wahrheit liegt. Der Vortragende erntete starken Beifall und wird, wie wir hören, den Abend wiederholen. L.

Deutsche Kinderhilfe. Noch einmal sei hingewiesen auf die Veranstaltung des Lehrerinnenvereins zum Besten der Kinderhilfe, Donnerstag, den 14. April, abends ½8 Uhr, im großen Saale des „Neumarktschützenhauses". Fräulein Krönert und Frau L. Wiese werden Lieder von Klanert und Frey singen, Fräulein Weber wird Rezitationen vortragen. Die Turnübungen sind von Lehrer Freund eingeübt.

Rotkäppchen. Das Stadttheater veranstaltet unter Leitung seines Intendanten Sachse am Sonntag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr zu Gunsten der Kinderhilfe eine Aufführung. Gegeben wird Rotkäppchen, ein Kindermärchen-Lustspiel von Robert Brückner. Eintrittskarten zum Preise von 2,20 Mk. bis 12 Mk. sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Argentinien—Brasilien. Um die Einwanderung von Ausländern in diese Staaten in weitestgehendem Maße zu fördern, haben die resp. Regierungen ihre Ministerien für Landwirtschaft ermächtigt, Einwanderern innerhalb ihrer Gebiete freie Beförderung zu gewähren, und dies ebenso auf sämtliches Gepäck, Mobiliar, landwirtschaftliche Geräte usw. auszudehnen und letzteres außerdem von Zollabgaben zu befreien. Mit Rücksicht auf die äußerst vielen bei den Reichswanderungsämtern eingehenden Anfragen über Niederlassungsmöglichkeiten dort wird Herr E. F. Dapprich aus Südamerika, mit amtlichem Ausweis des Präsidenten des Reichswanderungsamtes Berlin, am 15. im großen Saale des „Neumarkt-Schützenhauses", abends 7½ Uhr, einen Vortrag über die Auswanderung nach Südamerika und im besonderen Argentinien—Brasilien halten. Der Vortrag wird durch Lichtbilder erläutert. (Siehe spätere Anzeige.)

Einbruch und Diebstahl. In letzter Nacht wurde in der Großen Steinstraße die Scheibe eines Schaukastens eingeschlagen. Gestohlen ist nichts. — In derselben Nacht wurde in eine Schankwirtschaft in der Martinstraße eingebrochen. Der Dieb ist festgenommen.

Leichenlandung. Aus dem Mühlgraben am Emilienheim wurde die Leiche einer ledigen Frauensperson von hier gelandet und nach dem Gertraudenfriedhof geschafft.

Ertrunken. Gestern nachmittag stürzte der 11 Jahre alte Schulknabe Otto Neubert aus Trotha beim Spielen am rechten Ufer des Trothaer Mühlgrabens in denselben und ertrank. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Ein Wäschedieb konnte gestern nachmittag dabei ertappt werden, wie er auf dem Grundstück Ladenbergstraße 46 einige wertvolle Stücke „an sich nahm". Die Beute wurde ihm wieder abgejagt. Er selbst ist leider entkommen. Beschrieben wird der Dieb als ein Jüngling von 17 Jahren. Da jetzt Wäsche vielfach wieder im Freien getrocknet wird, ergeht an alle Frauen die Warnung, Vorsicht zu üben.

Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Halle des Bundes der Auslandsdeutschen findet Sonntag, den 17. April, vorm. 10 Uhr im „Schultheiß", Poststr. 5, statt. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Provinzialmuseum. Jahreslaufspiel: „Lenz, Ostern". Sonntag, 17. April, 11 Uhr vormittags: Eintritt 2 Mk.; nachmittags 4 Uhr: Eintritt 2 Mk., numerierter Sitzplatz 4 Mk. Kartenausgabe Freitag und Sonnabend 8—1 Uhr beim Hauswart des Museums, Eingang Richard-Wagner-Straße. — Die Ausstellungsräume sind Sonntag geschlossen.

Stadttheater. Mittwoch, abends 7 Uhr gelangt das Trauerspiel „Hamlet" von Shakespeare, unter Spielleitung von Leopold Sachse, zur Aufführung. Donnerstag „Wenn Liebe erwacht". Freitag „Drum prüfe, wer sich ewig bindet". (Den Pasquale). Operette von Donizetti. Sonnabend „Undine". Zum Besten der Kinderhilfe wird am Sonntag, nachmittags 3 Uhr das Kindermärchen-Lustspiel „Rotkäppchen" von Robert Brückner gegeben. Sonntag abend „Lohengrin".

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Anfang 7 Uhr. Spielage, H: Donnerstag, den 14. April, J: Sonnabend, den 16. April, K: Montag, den 18. April, L und A: Mittwoch, den 20. April.

Ganz Halle filmt! Ab Freitag, den 15. April, wird Leo Peukert mit zwei bewährten Darstellern, Frau Grete Flohr und Herrn Berthold Rosé hier in Halle erscheinen und mit Hilfe des Publikums im „Walhalla-Theater" Filmaufnahmen veranstalten. Leo Peukert bringt seine Aufnahme-Apparate, Friseure, Garderobiers und alles Dazugehörige mit und wählt sich unter den sich meldenden Besuchern diejenigen aus, die ihm für die betreffenden Rollen geeignet erscheinen. Schnell und sicher werden die Herrschaften in die Situation eingeweiht. Für ihn, Herrn Peukert, die Arbeit, für alle anderen Zuschauer das Vergnügen. Die Darsteller werden maskiert, gepudert und dostümiert, mit Hilfe seiner Berufskollegen kann er bald die nötige Szene stellen. Die Laiendarsteller stellen dabei natürlich reichliches Material für die Lachmuskeln der Zuschauer zur Verfügung. Trotzdem ist die Sache sehr ernst, denn der Kurbelkasten gibt alles wieder, was auf der Bühne vorgeht. Mit dem Manuskript in der Hand beobachtet Leo Peukert den Fortgang aller Handlungen und kurbelt an, oder kommt, wo gerade nötig. Alle Geheimnisse des Filmatelliers werden aufgedeckt und selbst die zartesten Schleier werden dem Kulissenzauber hinweggezogen. Das Publikum des Theaters erfüllt das eine Gefühl trotz der mehr oder weniger heiteren Zwischenfälle, eine noch nie dagewesene Sensation erlebt zu haben. Am nächsten Tage aber kann es die am vorhergehenden Tage Geflimten, schon auf der Leinwand zappeln sehen.

Provinz und Umgegend.

An'rnf!

Durch den kommunistischen Osterwahnsinn im mitteldeutschen Industriegebiet sind eine Anzahl Parteigenossen, die als Beamte der Schutzpolizei durch die Staatsgewalt eingesetzt waren, die Allgemeinheit zu schützen, ums Leben gekommen.

Außerdem hat man einem Parteigenossen in Eisleben vollständig um sein Hab und Gut gebracht, indem man seine Wohnung in Brand steckte und er samt seiner Frau und seinen Kindern nur das nackte Leben retten konnte. Mitleidige Nachbarn haben ihn jetzt aufgenommen und beherbergt.

Die Hinterbliebenen der Gefallenen sind teilweise durch diese Vorkommnisse ihres Ernährers beraubt und somit dem Los der ärmsten der Proletarier preisgegeben.

Der Geschädigte kann in der heutigen wirtschaftlichen Notlage kaum seine Blößen bedecken, wieviel weniger Neuanschaffungen vornehmen.

Der Bezirksverband Halle der Sozialdemokratischen Partei ruft deshalb alle Mitleidigen auf, sich an einer Sammlung für die Hinterbliebenen der Gefallenen, sowie des Geschädigten zu beteiligen. — Die vornehmste Pflicht des Proletariats ist es, seinem Nächsten zu helfen.

Darum spende jeder nach Kräften, was er geben kann.

Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Sammlungen nehmen entgegen:

Bezirkssekretariat der Soz. Partei Deutschlands (SPD.) Halle S., Harz 42/44, Postscheckkonto Leipzig 87 575.

Verlag der Volksstimme, Soz. Organ f. d. Reg.-Bez. Merseburg, Halle S., Gr. Ulrichstr. 27, Postscheckkonto Erfurt 11 092.

Qu'ttung.

Bisher sind bei dem Bezirkskassierer an freiwilligen Beiträgen eingegangen: R. B. 10 Mk., K. D. 10 Mk., A. K. 10 Mk., v. Sch. 10 Mk., A. A. 10 Mk., K. P. 20 Mk., A. F. 10 Mk., W. H. 5 Mk., M. R. 10 Mk., F. D. 5 Mk., F. S. 5 Mk., R. 3 Mk., L. 5 Mk., G. 5 Mk., K. S. 2 Mk., R. F. 1 Mk., A. 3 Mk., B. 2 Mk., A. 3,50 Mk., H. 5 Mk., H. G. 20 Mk., P. T. 5 Mk., W. H. 5 Mk., W. 10 Mk., A. 5 Mk., L. 5 Mk., W. W. 10 Mk. Zusammen 194,50 Mk.

Der Bezirksvorstand:
J. A.: H. Kunzemann

Unterbezirk 2 Merseburg-Querfurt.

Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, in Merseburg, „Kasino",

Unterbezirks-Konferenz.

Alle Ortsvereine sind verpflichtet, Delegierte zu entsenden. Der Bezirksvorstand.

Vermittelungsergebnisse des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt.

Im Jahre 1920 sind durch die öffentlichen Arbeitsnachweise vermittelt worden 265 568 männliche Personen und zwar 1.0 367 im Reg.-Bez. Magdeburg, 73 546 im Reg.-Bez. Merseburg, 43 391 im Reg.-Bez. Erfurt und 23 546 in Anhalt. Weibliche Kräfte wurden vermittelt 90 451, im Reg.-Bez. Magdeburg 40 315, Merseburg 20 384, Erfurt 26 242, Anhalt 9510. Die entsprechenden Zahlen für das Vorjahr waren für die männlichen Arbeitskräfte 247 562, für die weiblichen 102 546. Die Gesamtsumme aller Vermittlungen belief sich demnach im Jahre 1919 auf 350 108, 1920 auf 356 319.

Die Toten von Gröbers.

Zu dem von uns bereits gekennzeichneten Schwindel der „Roten Fahne" wird uns aus Gröbers geschrieben:

„Die Ausführungen sind ein einziger Schwindel. Die Sireleute waren nicht gleich tot, sondern sind erst von den kommunistischen Freiheitskämpfern totgeschlagen worden. Dafür sind hier Zeugen vorhanden, auch dafür, daß auf den Leichen herumgetrampelt wurde. Die Leichen sind dann da, wo sie auf der Chaussee lagen, ihrer Werksachen und Ringe beraubt worden; auch dafür sind Zeugen vorhanden. Dann hat man die Leichen in den Keller des dicht dabei belegenen Kantinengebäudes der Grube getragen. Bei dieser Gelegenheit ist die Verstümmelung erfolgt. Der Ortsschulze hat sich um die Fortschaffung der Leichen überhaupt nicht kümmern können; er hat später nur gehört, daß die Leichen im Kantinenkeller seien. Also nur die Stiefel der Ermordeten hat man „requiriert"? Dabei hat man wohl auch die Leiche des Hauptmanns bis aufs Hemd aus„requiriert"? Wahrscheinlich weil die Sowjetbelben Mangel an Offiziersröcken und Orden hatten, denn auch diese hatte man „requiriert". Es trifft zu, daß dem Gemeindevorsteher später eine alte Taschenuhr, einige Brieftaschen und Portemonnaies abgeliefert wurden, aber — leer an Geld. Die ermordeten Sipoleute hatten wahrscheinlich bei ihrer Abfahrt von Halle leere Brief- und Geldtaschen eingesteckt, um die unschuldigen Kommunisten als Räuber zu verdächtigen. Wo sind denn die Ringe und Uhren der Toten geblieben? Es ist ein Zeuge vorhanden, der gesehen hat, wie man einem Toten den Ring vom Finger riß. — Wir hoffen in Gröbers, daß diese Angelegenheit, dem Wunsche der „Roten Fahne" entsprechend, untersucht wird; sie dürfte dann wahrscheinlich sehr erstaunt sein, falls das noch möglich ist. Wir erwarten jetzt nur noch die Behauptung, daß die Ermordeten sich selbst verstümmelt und beraubt haben. Der Gehirnerweichung ihrer Anhänger könnte die „Rote Fahne" auch dies zumuten."

Soweit die Zuschrift. Daß Lügen kurze Beine haben, geht aus der Tatsache hervor, daß jetzt ein 20jähriger Knecht verhaftet ist, der zugeben hat, bei Gröbers mit „geklärt" und die Leichen der Sipoleute verstümmelt zu haben. Trotzdem wird die „Rote Fahne" unentwegt weiter lügen.

Zörbig. Schöffensitzung. Der Gerichtshof wird gebildet durch Amtsgerichtsrat Dr. Frijsche als Vorsitzender, Rentmeister Elze, Ostrau und Schneidermeister Baumgarte, Zörbig als Schöffen, Amtsanwalt Weps als Anklagevertreter und Aktuar Redeker und Referendar Gueinzius als Protokollführer. Zunächst wurde gegen die Ehefrau Minna Conrad wegen Ankaufs von 1½ Zentner Weizen vom hiesigen Gutsbesitzer Ohme verhandelt. Neben Strafen gegen die zwei Mitschuldigten war gegen Frau Conrad durch amtsrichterlichen Strafbefehl eine Geldstrafe von 200 Mark festgesetzt worden, wogegen sie Einspruch erhob, mit der Begründung, sie habe nicht gewußt, daß das Getreide nach beschlagnahmt sei, das müßten doch die Gutsbesitzer besser wissen und dürften eben nichts verkaufen. Der Amtsanwalt beantragte die Geldstrafe auf 100 Mark herabzusetzen. Das Gericht sah die Sache aber noch milder an und setzte es bei 50 Mark bewenden. Die zweite Sache betraf einen durch den Landarbeiter Heinrich Knittel in Kütten beim Gutsbesitzer Meyenberg ausgeführten Diebstahl von ½ Zentner Gerste, die der Geschirrführer Joseph Kowalski, Gimritz, obwohl er von dem unrechtmäßigen Erwerbe wußte, angekauft hatte. Gegen Knittel wurde wegen Diebstahls eine Gefängnisstrafe von drei Tagen, gegen Kowalski eine solche von einer Woche durch Urteil festgesetzt. Frei gesprochen wurde sodann der Landarbeiter Lenzer, Werderthau, da er lediglich ihm gehöriges Deputatgetreide bei Verwandten gegen anderes umgetauscht hatte, um anderen Samen zu erhalten. Die an vierter und letzter Stelle verhandelte Beleidigungsklage Krone gegen Küdiger fand durch Vergleich der Parteien und demzufolge Einstellung des Verfahrens durch das Gericht ihren Abschluß.

Brachwitz. Abkehr von der V. K. P. D. Hier fand am Sonntag eine sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung der S. P. D. statt. Gen. K. Garbe sprach über die Aufruhrbewegung in Mitteldeutschland. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu. Einige Kommunisten versuchten den Putsch als eine reine Spitzelmache darzustellen. Ein Kommunist, der Lagerhalter Matthes, erklärte, daß es ihm vorkomme, als wenn der ganze Kopf der V. K. P. D. während der Ostertage von Spitzeln beeinflußt worden wäre. In der V. K. P. D. seien auch einige Idealisten, jedoch habe man dieselben aus den leitenden Stellungen geschoben. — Die hiesige Arbeiterschaft will jetzt nichts mehr mit dieser Partei zu tun haben. Der kommunistische Amtsvorsteher ist bereits zur S. P. D. übergetreten. Viele andere Proletarier folgten ihm. Der Bann ist gelöst, immer mehr wächst die Erkenntnis im Proletariat.

Naumburg. Volksversammlung am Freitag, den 15. April, abends 7 Uhr im „Ratskeller". Arbeiter, Beamte und Angestellte erscheint in Massen.

Nohleben. Parteiversammlung. Am Sonnabend abend fand beim Gen. Leuthäußer eine Parteiversammlung statt, die äußerst zahlreich besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung hielt Gen. Aug. Windler (Naumburg) einen trefflichen Vortrag über die Lage in Mitteldeutschland. Seine Ausführungen fanden den unzweideutigen Beifall sämtlicher Parteigenossen. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Eule, Horbath, Naumann und Nolze. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Feier des 1. Mai besprochen. Da die Verhandlungen mit den Gewerkschaften am Orte sich zerschlagen haben, wird die Maifeier von der Partei allein gefeiert werden. Ein Ausschuß, bestehend aus den Gen. Eule, Geyer, Horbath, Blume, Nolze, Dälgner und Naumann jun. wird das Nähere ausarbeiten. Mit der Mahnung an die Parteigenossen, rege für die Partei zu arbeiten, und Dankesworten an den Referenten Gen. Winckler schloß Gen. Nolze die Versammlung.

Hettstedt. Eine geharnischte Antwort an die V. K. P. D. Hier sprach vor einer außerordentlich gut besuchten Versammlung der Zivilkommissar Gen. Kunzemann-Magdeburg und Gen. Erwin Barth-Berlin. Die Ausführungen der Redner wurden oft von lauten Beifallskundgebungen der erschienenen und bisher sich im „kommunistischen" Banne befindlichen Arbeiter unterbrochen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, den 10 April, in Hettstedt versammelte Arbeiterbevölkerung lehnt mit aller Entschiedenheit die unter dem Namen der Kommunistischen Partei verübten Wahnsinnstaten ab. Sie erklärt sich gegen alle Putsche und Gewalttaten, weil sie der Ueberzeugung ist, daß der Aufstieg der arbeitenden Klassen nur durch zielbewußte Organisation und Aufklärungsarbeit, nur durch den Kampf mit geistigen Waffen erreicht werden kann. Die Kommunistische Partei, die für die Verbrechen in unserem Gebiete die Verantwortung trägt, hat aufgehört, als politische Partei geachtet zu werden. Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften das beste Mittel ist, die Interessen der Arbeiterschaft zu schützen und zu fördern, und sie verpflichten sich, bei politischen oder wirtschaftlichen Aktionen lediglich der Parole der verantwortungsbewußten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen zu folgen." Deutlicher kann die Absage für die „kommunistischen" Drahtzieher wohl nicht gegeben werden.

Leimbach und Großzörner. Oeffentliche Volksversammlungen der S. P. D. Hier sprach der Gen. Erwin Barth aus Berlin vor sehr gut besuchten Versammlungen. Immer mehr zeigt es sich. Klar und deutlich rückt die Masse der Mansfelder Bergarbeiterschaft von der V. K. P. D. ab. Denn diese Partei hat das furchtbare Blutbad des letzten Osterputsches auf sich geladen. Die Erkenntnis daß der bisher begangene Weg ein falscher war, erfaßt das Mansfelder Proletariat mit Macht. Leider ist diese Entwicklung zur Gesundung erst nach so schweren Opfern eingetreten.

Eisleben. Bestellungen auf die „Volksstimme" werden entgegengenommen im Parteisekretariat Eisleben, Gambrinushalle oder bei unseren Austrägerinnen.

Helfta. Oeffentliche Volksversammlung. Am 10. April fand in der Sonne in Helfta eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt. Genosse Breuer-Berlin sprach über die Vorgänge in Mitteldeutschland insbesondere über die im Mansfelder Lande. Seine ausgezeichneten Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und riefen in der Diskussion unter anderem den Redakteur des kommunistischen „Klassenkampfes" in Halle Kilian auf den Plan. Der Stimmung der anwesenden Arbeiterschaft entgegenkommend gab Kilian die Führer des letzten kommunistischen Aufstandes preis und gab ferner zu, daß er von vornherein mit dem Zusammenbruch der Bewegung gerechnet habe. Nachdem der Genosse Ebel aus Halle darauf hingewiesen hatte, daß die letzte Bewegung hauptsächlich durch die unverantwortlichen Hetzartikel des von Kilian mit redigierten „Klassenkampfes" erzeugt wurde, machte Kunzemann Kilian darauf aufmerksam, daß er vor knapp acht Tagen im halleschen Volksport noch ganz anders gesprochen habe und mit allem Nachdruck die Fortsetzung des verschärften Generalstreiks gefordert habe. Kilian erklärte hierauf zum Erstaunen der Versammlung, daß er damals gegenseine Ueberzeugung gesprochen habe, weil die kämpfenden Arbeiter von Mansfeld nicht den Eindruck bekommen durften, durch die kommunistischen Führer im Stiche gelassen zu werden. Nach dieser Erklärung des Kilian war es dem Genossen Breuer ein Leichtes, die Versammlung von der verlogenen Taktik der Kommunisten und der Aussichtslosigkeit ihrer Politik der bewaffneten Minderheit zu überzeugen. Die Versammlung war für die Partei in Helfta ein großer Erfolg.

Schönewalde. Der Putsch und seine Folgen. Darüber sprach in einer öffentlichen Versammlung der S. P. D. am Mittwoch, den 4. April, Gen. Redakteur Lanzke-Halle. Der Referent brachte in seinen Darlegungen vor allen Dingen zum Ausdruck, daß wir von der Propagierung der Gewalt absehen müssen, wenn dem Sozialismus nicht ungeheurer Schaden bereitet werden soll. Die albernen Behauptungen eines Volksparteilers, daß die S. P. D. an dem unsinnigen Putsch mitschuldig wäre, wurden vom Gen. Lanzke gebührend festgenagelt. Das Referat fiel auf fruchtbaren Boden. Es muß festgestellt werden, daß es in unserer schwarzen Gegend nur an der nötigen Aufklärung fehlt. Diese zu verbreiten, wird und muß die Hauptsorge der S. P. D. sein. In allzuvielen Köpfen der Ackerbürger und Kleinbauern spukt noch immer der Gedanke einer Interessengemeinschaft mit den Großagrariern und Kapitalisten. Diesen Wahn gilt es gründlich zu zerstören, zum Segen unseres ganzen Volkes. An unsere Genossen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0006

aber gebt auch hier die dringende Aufforderung: Werbt unermüdlich für die „Volksstimme" und für die Sozialdemokratische Partei.

Liebenwerda. Eine öffentliche Volksversammlung fand am Sonntag nachmittag im Gesellschaftshaus statt, und war trotz des schönen Wetters von ungefähr 150 Personen besucht. Zu dem Thema: „Die Lage in Mitteldeutschland" hatte Redakteur Genosse Langke das Referat übernommen. Redner schilderte in warmer überzeugender Weise den Werdegang, der solch bedauernswerte Zustände zeitigen mußte, wie sie in Mitteldeutschland bestanden. An Hand von gut ausgeführten Beweisgründen machte er besonders die kommunistische Hetzpresse dafür verantwortlich, die jetzt aber trotz der furchtbaren Folgen des Putsches gerade für die Arbeiterschaft unverblümt weiter lügt und hetzt. Endlich müsse doch das werktätige Volk einsehen, sich von diesen Verführern lossagen und erkennen, daß nur auf dem Wege der Demokratie der „Sozialismus" erreicht werden kann. Mit Andacht verfolgte die Versammlung den interessanten Schilderungen, wie auch diesmal sich Reaktion und Kommunisten die Hand reichten. Anschließend an das zielsichere Referat knüpfte Vors. Faltmeier eine Schilderung des Putsches im hiesigen Kreise an, um besonders die Verbreitung falscher, erlogener Nachrichten über hiesige Zustände sowie das jämmerliche Denunziantentum, das in besonderer Blüte gewesen, zu geißeln. In der Diskussion nahm Gen. Landrat Vogl das Wort, um die Verunglimpfungen der Wahrheit betreffs der Reichswehr richtig zu stellen und auch seinerseits das Denunziantenwesen zu unterdrücken. Nach kurzem Schlußwort nahm die Versammlung ohne weitere Diskussion ihr Ende.

Bockwitz (Kr. Liebenwerda). Gemeindevertretersitzung. Montag abend fand in der Schulaula eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Zu Beginn der Tagesordnung wurde Gen. Kostrau für den verstorbenen Gen. Throne vom Gemeindevorsteher in das Amt eingeführt. Es wurde beschlossen, den Beginn der Sitzungen auf 7 Uhr abends zu legen. In den Sparkassenvorstand wurden von unserer Fraktion die Gen. Dorn und Herz gewählt und in den Ausschuß für die Errichtung einer Kriegergedächtnisstätte die Gen. Schüller und Petzold. In die Wohnungskommission rückt Gen. Alwin Schüller. Die Wahl eines stellv. Hauswirts für das Welschkesche Grundstück fiel auf Gen. Kostrau. — Die 27 Akazien am Unterhamerweg sollen versteigert werden. — Das Gesuch Jeppelts um Genehmigung zur Kreuzung der Brunnenstraße mit einer Rohrleitung, wurde gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr von 1 Mk. jährlich genehmigt, ebenso das Gesuch Quentels, um Benutzung von Grabenland. Letzterer soll eine jährliche Anerkennungsgebühr von 5 Mk. entrichten. Wegen Aufstellung von sieben Zement-Plakatsäulen, soll die Wirtschaftskommission das Erforderliche veranlassen. Die Kinovorstellungen der Gemeinde sollen bis auf weiteres eingestellt werden. Der Projektionsapparat wird jedoch nicht verkauft. Er soll den Schulkindern zu Unterrichtszwecken erhalten bleiben. Das Gesuch des Kreistierarztes, um Erhöhung der Entschädigung für Ueberwachung der Viehmärkte wurde genehmigt, ebenso das Gesuch der Fortbildungsschullehrer, um Erhöhung der Stundenvergütung von 8 auf 10 Mk. Die Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen wird auf 40 Prozent festgesetzt. Ferner wurde beschlossen, das Bauland in der Mückenberger Straße für 1 Mark den Quadratmeter zu verkaufen. Auf dem Starkeschen Plan soll ein Quadratmeter 80 Pfg. kosten. Die Gemeinde behält sich jedoch das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht vor, um hierdurch den Bodenwucher zu verhindern. An der Kreissiedelungsgesellschaft will sich die Gemeinde mit 2000 Mk. beteiligen. Für die einzurichtende Finanzhilfskasse soll ein Beamter eingestellt werden. Zum Schluß wurde beschlossen, daß denjenigen Gemeindemitgliedern, die aus der Landeskirche ausgetreten sind, am Schluß jeden Jahres die Kirchensteuern erstattet werden. Hierauf folgte noch eine geheime Sitzung.

Die Anbaustatistik.

Vor Ausbruch des Krieges wurde die Anbaustatistik in der Weise vorgenommen, daß jedes Jahr von den Gemeindevorstehern unter Hinzuziehung von sachverständigen Personen die Anbau- bezw. Ernteflächen der Feldfrüchte festgestellt wurden. Im Allgemeinen konnten diese Angaben der Anbaustatistik als zuverlässig angesprochen werden. Der Krieg brachte die zwangsweise Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und hiermit auch die Umstellung der Erntestatistik. Man glaubte mit der direkten Befragung sämtlicher Besitzer besser zu verfahren. Dieses neue Ermittlungsverfahren wurde mehr und mehr ausgedehnt und ausgebaut mit erheblichen Kosten. Diese Anwendung hat sich nicht bewährt und hat sich als vollständiger Fehlgriff erwiesen, und man ist 1920 wieder teilweise auf die gemeindeweise Anbauflächenerhebung zurückgegangen, da sich herausgestellt hatte, daß die Ergebnisse der Einzelerhebungen durchaus nicht zuverlässig sind. Es hat die Landwirte geradezu veranlaßt, bei der Ausfüllung der statistischen Fragebogen die Anbaufläche verschiedener Feldfrüchte möglichst klein, andere dagegen, die unter keiner Zwangslieferung lagen, möglichst groß hinzustellen. Diese gerade nicht schönen Beweggründe sind von dem Bestreben ausgegangen, dem Staate, der die restlose Erfassung der beschlagnahmten Feldfrüchte verlangte, einen Streich zu spielen. Diese Entwicklung hat aber dadurch bewiesen, daß mit Hilfe der Einzelerhebung gewonnenen Unterlagen nicht brauchbar sind. Wie schon oben darauf hingewiesen, wurden die Anbauflächen im Jahre 1920 neben der Einzelerhebung auch gemeindeweise festgestellt. Infolgedessen liegen die Ergebnisse beider Arten von Erhebungen vor. Für die Provinz Sachsen stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar (statistisches Landesamt in Nr. 10 der statistischen Korrespondenz):

Einzelerhebung	Gemeindeweise Erhebung	
90 332 Hektar	106 544 Hektar	Winterweizen
39 958 „	48 518 „	Sommerweizen
254 518 „	301 399 „	Winterroggen
3 311 „	3 813 „	Sommerroggen
115 417 „	139 244 „	Gerste
161 289 „	194 908 „	Hafer
172 643 „	206 976 „	Kartoffeln.

Ein Hektar ist 4 Morgen.

Hiersaus ergibt sich, daß die Ergebnisse sehr starke Unterschiede aufweisen. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die durch Einzelerhebungen ermittelten Angaben in diesem Jahre noch mehr an Zuverlässigkeit einbüßen werden, dies steht in demselben Verhältnis wie der passive Widerstand der Landwirte gegen die Zwangswirtschaft gewachsen ist. Es ist nun weiter die Frage aufzuwerfen, hat die gemeindeweise Erhebung im Jahre 1920 noch ebenso sichere Unterlagen geliefert wie die früheren Jahre? Diese Frage muß verneint werden, es liegt vielmehr die Tatsache fest, daß die Einzelerhebungen die gemeindeweisen Erhebungen stark beeinflußt haben. Der Vergleich der im Jahre 1920 festgestellten Anbaufläche mit dem der Friedenszeit kann auch keine sichere Unterlage geben, da sowohl die Verschiebungen in der Art der Anbaufläche groß sind, als auch die Anbauflächen an sich größer sind als in früheren Friedenszeiten (vor 1914). Es dürfte daher eine allgemeine Erhebung über Bodenbenutzung dringend angezeigt sein und diese muß der gemeindeweisen Anbauflächenerhebung gegenübergestellt werden. Die wertlosen Einzelerhebungen sind fallen zu lassen. K. Kosten.

Jugendbewegung.

Gesetzlicher Schutz für die Arbeiterjugend.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands (die vormalige Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands) hat bereits Mitte Mai 1919 an die Reichsregierung sowie an die damalige Nationalversammlung eine Denkschrift gerichtet, in der das Ersuchen ausgesprochen wurde, mit größter Beschleunigung

grundlegende gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze und Wohle der Jugend

zu treffen. Zugleich wurden im einzelnen die wichtigsten und dringendsten Forderungen aufgestellt, die in dem beantragten Reichsjugendgesetz berücksichtigt werden sollten.

Auf diese Eingabe hin ist die Vorlage für ein Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom Reichsministerium des Innern in der damaligen Nationalversammlung eingebracht worden, die aber leider unerledigt blieb und dem Reichstag inzwischen nicht wieder zugegangen ist. Das letztere ist in Aussicht gestellt worden und wir wiederholen hiermit nochmals das auch von verschiedenen anderen Seiten an die Reichsregierung gerichtete Ersuchen um eine beschleunigte Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes.

Wir erkennen gern an, daß das Jugendwohlfahrtsgesetz in der in der Oeffentlichkeit bekanntgewordenen Fassung einen Fortschritt auf dem Gebiet der Jugendfürsorge bedeutet, aber eben darum kann es den Wünschen der erwerbstätigen Jugend nicht genügen. Es kommt in der Hauptsache der besonders schutzbedürftigen, geistig und körperlich minderwertigen oder verwahrlosten Jugend zugute. So sehr wir aus diesem Grunde dem Gesetz zustimmen, so bleibt doch der Hauptteil unserer Forderungen, der sich auf

den wirtschaftlichen Schutz der Jugend

und auf eine gründliche Reform des Lehrlingswesens bezieht, in dem Jugendwohlfahrtsgesetz völlig unberücksichtigt. Für die gesetzgeberische Bearbeitung dieser Forderungen ist das Reichsarbeitsministerium zuständig, dem unsere erwähnte Denkschrift seinerzeit ebenfalls überreicht wurde, dem auch von einzelnen Arbeiterjugendverbänden die gleichen Forderungen unterbreitet wurden, ohne daß bisher etwas Entscheidendes zur Verwirklichung getan worden wäre.

Die Mißstände, die sich infolge des geringen gesetzlichen Schutzes im Berufs- und Arbeitsleben der Lehrlinge und jungen Arbeiter und Arbeiterinnen ergeben haben, das Fehlen selbst dieses geringen Schutzes für viele Jugendliche, die Mißachtung der bestehenden Bestimmungen durch die Unternehmer und Meister — wovon die alljährlichen Berichte der Gewerbeinspektionen Zeugnis ablegen — in Verbindung damit die als Folge des Krieges eingetretene starke Entkräftung der Jugend schreien geradezu nach einer durchgreifenden gesetzlichen Hilfe. Jegliche Arbeits- und Lebensfreude bei der Jugend wird ertötet, der schwache, in der Entwicklung befindliche Körper siecht dahin, wenn er im Uebermaße durch die Berufsarbeit in Anspruch genommen wird; demgegenüber muß der Staat das natürliche Recht der Jugend auf ausreichende Erholung und Ausspannung von der Berufsarbeit sowie auf eine gesunde Entwicklung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte anerkennen und gewährleisten.

Besonders in Bezug auf

das Lehrlingswesen

herrschen noch Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Wir erinnern nur an die noch immer geltende mittelalterliche Bestimmung vom sog. „väterlichen Züchtigungsrecht", das dem Meister zusteht und durch dessen Mißbrauch vielen Lehrlingen das Leben geradezu zur Qual gemacht wird. Der Lehrling ist auf diese Weise beinahe schutzlos der Willkür seines Meisters preisgegeben. Das gleiche gilt in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht der Jugend, das zwar nach der Reichsverfassung für alle Deutschen gewährleistet ist, von den Unternehmern aber vielfach so ausgelegt wird, daß der Lehrling nur mit ihrer Genehmigung sich organisieren und Versammlungen besuchen kann. Auch der Achtstundentag wird meist nicht durchgeführt, im Gegenteil muß der Lehrling oft noch eine Reihe Arbeiten erledigen, die mit seinem Berufe in keinem Zusammenhang stehen. Eine sachgemäße Berufsausbildung des Lehrlings ist keineswegs gewährleistet, da in vielen Betrieben die Zahl der Lehrlinge gegenüber der Zahl der Gesellen eine unverhältnismäßig hohe ist. Ebenso haben weder die Lehrlinge noch die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen einen gesetzlichen Anspruch auf Ferien, obgleich gerade für sie ein jährlicher Erholungsurlaub eine dringende gesundheitliche Notwendigkeit ist.

Dazu kommt, daß — soweit bisher überhaupt gesetzliche Schutzbestimmungen bestehen — sie für viele Betriebe und Berufsarten keine Anwendung finden und im übrigen auch nur für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr gelten. Es wird aber ohne weiteres einleuchten, daß — besonders nach den die Volkskraft verheerenden Wirkungen des Krieges — die Jugend mindestens bis zum 18. Lebensjahre eines ausreichenden Schutzes bedarf. Dies ist um so mehr notwendig, als auch die Lehrzeit in der Regel bis zum 18. Lebensjahre dauert, mindestens aber über das 16. Jahr hinausgeht. Außerdem ist auch in der Reichsverfassung der Besuch der Fortbildungsschulen bis zum 18. Lebensjahre vorgeschrieben, und man wird daher sinngemäß auch die Anwendung der Lehrlings- und Jugendschutzbestimmungen bis auf diese Altersgrenze ausdehnen. Wir erneuern daher hiermit unsere Eingabe vom Mai 1919 und fordern die

beschleunigte Einbringung eines Reichsjugendschutzgesetzes,

in dem alle Bestimmungen, die zum Schutze der gesamten erwerbstätigen Jugend bis zum 18. Lebensjahre bestehen bzw. zu schaffen sind, einheitlich zusammengefaßt werden. Im einzelnen sind in diesem Gesetz folgende Forderungen zu berücksichtigen:

a) allgemeine Forderungen für alle Jugendlichen.

1. Ausdehnung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen auf alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr ohne jede Ausnahme.
2. Festsetzung einer täglichen Höchstarbeitszeit von 6 Stunden.
3. Verbot der Akkordarbeit.
4. Verbot der Beschäftigung Jugendlicher bis zum 20. Lebensjahr in Betrieben, die die Gesundheit besonders gefährden.
5. Verbot der Nachtarbeit bis zum 20. Lebensjahr.
6. Gewährung einer ununterbrochenen 36stündigen Sonntagsruhe.
7. Verbot des Kost- und Logiszwanges.
8. Gesetzlicher Anspruch auf mindestens 14 Tage Ferien im Jahr bei Fortzahlung des Lohnes.
9. Freigabe der zum Besuch der Pflichtfortbildungsschule bzw. Fachschule erforderlichen Zeit, die in die Arbeitszeit eingerechnet wird. Der Unterricht ist in die Tageszeit, möglichst die Vormittagsstunden zu legen.
10. Gewährung des freien Sonnabendnachmittags für Wandern, Sport und Spiel ohne Abzug vom Lohn.
11. Gewährung des vollen Vereins- und Versammlungsrechts. Alle einschränkenden Bestimmungen sind zu beseitigen, insbesondere der § 17 des Reichsvereinsgesetzes. Ebenso sind alle Bestimmungen in den Lehr- und Arbeitsverträgen, die das Vereins- und Versammlungsrecht der Jugendlichen der Kontrolle des Lehrherrn unterstellen, als unzulässig zu erklären.
12. Verschärfung der Strafbestimmungen für Unternehmer, die wiederholt in gröblichster Weise gegen die Jugendschutzbestimmungen verstoßen.
13. Schärfere Strafbestimmungen für Unternehmer, die gegen die Unfallverhütungsvorschriften verstoßen.
14. In Angliederung an die Gewerbeinspektionen Anstellung von Jugendinspektoren, denen die regelmäßige Ueberwachung der Betriebe anvertraut ist und die den Kreisen der Arbeiterschaft zu entnehmen sind. Bei der Tätigkeit dieser Inspektoren ist darauf Gewicht zu legen, daß sie in ständiger Fühlung mit den Jugendschutzkommissionen der Arbeiterschaft arbeiten und das freiwillige Helfer und Helferinnen aus der Jugendbewegung in weitestgehendem Maße mitherangezogen werden.

b) Reform des Lehrlingswesens.

1. Unterstellung des Lehrlings unter die allgemeinen Jugendschutzbestimmungen.
2. Festsetzung einer zweijährigen, für besonders schwer erlernbare Berufe höchstens dreijährigen Lehrzeit. Sollte in einzelnen Fällen noch über diese Zeit hinausgegangen werden, so sind die in Betracht kommenden Lehrlinge in der Entlohnung den Junggehilfen gleichzustellen.
3. Verbot der Verwendung des Lehrlings zu häuslichen und außerberuflichen Arbeiten.
4. Aufhebung des Züchtigungsrechts des Lehrherrn und seiner Beauftragten.
5. Prüfung der Befähigung des Lehrmeisters zur Ausbildung von Lehrlingen (Prüfung der Vorbildung, eventuell Verlangen der Meisterprüfung), Verpflichtung des Meisters zur gründlichen Ausbildung des Lehrlings, Festsetzung einer zulässigen Höchstzahl von Lehrlingen, die zur Zahl der Gesellen im richtigen Verhältnis stehen muß.
6. Einrichtung und Förderung von Lehrwerkstätten.
7. Ueberwachung der Lehrlingsausbildung durch Fachkommissionen, die zum Teil aus Vertretern der Arbeiter bestehen müssen.
8. Gewährung eines für den Unterhalt des Lehrlings ausreichenden Kostgeldes, dessen Höhe in den gewerkschaftlichen Tarifverträgen festzusetzen ist. Unzulässigkeit der Erhebung eines besonderen Lehrgeldes durch den Meister. Die Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, sind finanziell zu einer besonderen Umlage anzuhalten, aus deren Erträgen Zuschüsse zur Ausbildung und Unterstützung besonders bedürftiger Lehrlinge gezahlt werden; gegebenenfalls kann auch der Staat Beihilfen zu den Kosten der Lehrlingsausbildung gewähren.
9. Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten durch das Gewerbegericht, nicht durch die Innungen.
10. Schaffung von besonderen reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen im Bergbau, in der Schiffahrt, Flößerei, Landwirtschaft und ähnlichen für die Jugend besonders gefährlichen oder anstrengenden Berufen.
11. Die gesetzliche Neuregelung des Lehrlingswesens ist sofort auf die schon bestehenden Lehrverträge anzuwenden. Zur Regelung und Beaufsichtigung des Lehrlingswesens sind in Angliederung an die Jugendämter bezirks- und ortsweise besondere Ausschüsse zu bilden, die paritätisch (aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) zusammenzusetzen sind. Ebenso sind auch Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Lehrlinge zu diesen Kommissionen heranzuziehen. In den Betrieben, in denen 20 und mehr Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden, sind besondere Ausschüsse für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen gesetzlich anzuordnen. Bei weniger beschäftigten Jugendlichen sind jugendliche Vertrauensleute zu wählen. Diese Ausschüsse bzw. Vertrauensleute sollen Hand in Hand arbeiten mit den Betriebsräten bzw. Betriebsvertrauensleuten und müssen bei Regelung aller Fragen, die Jugendliche und Lehrlinge betreffen, gehört werden.

c) Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Die Errichtung von öffentlichen, gemeinnützigen Berufsberatungsstellen durch die Gemeinden im Anschluß an die Jugendämter ist gesetzlich festzulegen. Alle sonstigen auf diesem Gebiet tätigen Stellen haben nach Errichtung dieser Stellen ihre Tätigkeit aufzugeben oder dürfen sie nur im Einklang mit ihnen fortsetzen. Die Berufsberatungsstellen müssen besondere für ihren Zweck geschaffene Einrichtungen sein. Es ist unerläßlich, daß sie in nahen Beziehungen zur Schule und Lehrerschaft sowie zu den kommunalen Wohlfahrtseinrichtungen stehen; ferner bedürfen sie der Beratung durch Aerzte und Psychologen sowie durch Vertreter der Elternbeiräte und Fachleute aus den Kreisen der Arbeiterschaft. Dabei ist zu beachten, daß die vorbereitende Tätigkeit für die Berufsberatung schon einige Jahre vor der Schulentlassung einzusetzen hat.

Mit der Berufsberatung ist eine Lehrstellenvermittlung aufs engste zu verbinden; sie arbeiten Hand in Hand. Diese Lehrstellenvermittlung ist örtlich und bezirksweise zu zentralisieren und mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen in Verbindung zu bringen. Sonstige Stellen für diese Vermittlung sind nicht zuzulassen. Die Benutzung der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung wird zur Voraussetzung für die Einstellung der Jugendlichen in eine Lehre oder Arbeitsstelle erklärt. Es sind ausreichende öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, die es unbemittelten Jugendlichen, deren Begabung zweifelsfrei festgestellt ist, ermöglichen, ein Lehrverhältnis einzugehen und durchzuführen. Dies gilt auch für solche Fälle, in denen die Eltern einem Begabten die Erlernung eines Berufes verweigern. Dabei ist Sorge zu tragen, daß die Eltern nach ihrer Leistungsfähigkeit zu den Kosten der Ausbildung herangezogen werden.

Die Einrichtung von Lehrlings- und Jugendheimen sowie sonstigen dem Wohl der Jugend dienenden öffentlichen Einrichtungen, wie Spiel- und Sportplätzen, Wanderherbergen und Ferienheimen, Turn- und Schwimmhallen ist nach Kräften zu fördern.

Vermischtes.

Der „Scherz eines holländischen Druckfehlerteufelchens". Unter der Ueberschrift „Pfui!" glossiert das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" einen ihm selbst in seiner Sportrubrik widerfahrenen Druckfehler, indem eine Meldung folgendermaßen lautete: „Ajax (Amsterdam) empfängt am Sonntag, 27. März, den Verein für Liebesübungen, Altona 1893, aus Altona."

Das Ende eines Räuberhauptmannes. Der Korsikaner Natallucci, der „König der Banditen", der in ganz Korsika berühmt und berüchtigt war, ist jetzt nach einem aufregenden Kampf getötet worden. Wie Pariser Blätter berichten, war es die Liebe, die auch diesen moderner Rinaldo Rinaldini schließlich der rächenden Gerechtigkeit in die Hände spielte. Er hatte ein Verhältnis mit einer Frau deren Gatten er getötet hatte. Der Gendarm eines abgelegenen Polizeipostens brachte heraus, daß der gefürchtete Bergräuber diese Frau, die in dem Dorf Appieto in der Nähe von Ajaccio wohnte, öfters des Nachts besuchte. Als er wieder einmal auf Besuch war, verbarg der Gendarm seine Leute hinter Bäumen und klopfte dann an die Tür. Die Frau weigerte sich zu öffnen, und der Räuber suchte durch die Hintertür zu entwischen. Die Polizisten eröffneten ein Feuer auf ihn, und der Räuberhauptmann antwortete mit Schüssen aus einem automatischen Revolver. Der Gendarm lief um das Haus und suchte den Räuber zu fassen, während seine Leute noch etwas zurück waren. Mit einem Schuß streckte Natallucci den Gendarm tot nieder und floh davon. Die anderen Polizisten aber feuerten nun auf ihn mehrere Schüsse, deren einer ihn tödlich traf. — Natallucci war der letzte der berühmten korsischen Bergräuber, die in Lied und Sage der Korsen eine so große Rolle spielen. Im Jahre 1907 war er bereits gefangen genommen und zu 20 Jahren Zwangsarbeit in Französisch-Guyana verurteilt worden. Er entkam aber und kehrte nach seiner Heimat zurück. Hier setzte er seine Räubereien fort und war lange der Schrecken der Insel.

Lebensmittel-Kalender.

Der Verkauf von Käse erfolgt vom Mittwoch, den 13. April an, in nachstehenden Geschäften: Molkerei Niemberg, Lindenstraße 52, Molkerei Niemberg, Beesener Straße 1, Molkerei Niemberg, Rannischestraße 22, Molkerei Niemberg, Martinstraße 11, Molkerei Merbitz, Freimfelder Straße 8, Chr. Hinsche, Große Gosenstraße 21, Otto Petschke, Wielandstraße 30. Auf die Marke 595 des Warenbezugsscheines Nr. 33 werden für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm zum Preise von 1,05 Mk. abgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0007

Halle, Vergnügungen usw.

Walhalla-Lichtspiel-Theater, Gr. Steinstraße 49.

C.-T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51.
Ständig die neuesten erstklassigen Spielfilme!
Nur Ur- und Erstaufführungen!
Rauchen gestattet! Erfrischungsraum!
Wochentags Beginn 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr!

Cafehaus Monopol, Inh.: Frau Schumann. Täglich Konzert.
Gegenüber dem Stadttheater Alte Promenade 1b. Ecke Schulstraße.

Richard Adam, Weine, Spirituosen. Brüderstraße 2. Tel. 3989.

Biophon-Theater Gr. Ulrichstr. 57. Großstadtprogramm — 4 bis 11 Uhr Vorstellung. Nur Erstaufführungen.

Allgemeines.

Georg Schmidt, Zigarren, Zigaretten und Tabak Halloria-Stolz Ludw Wuchererstraße 60.

Johs. Schlokmann, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Telephon 5561. Leipzigerstraße 12.

Joh. Steinmek, Leipzigerstraße 8. Leinen — Baumwollwaren — Betten — Wäschefabrik.

Fritz Mösenthin, Burgstraße 1. Telephon 3450. Manufakturwaren.

Bernh. Haeni, Schmeerstr. 2. Korsetthaus.

Sylummrek-Anstalt B. Broslawikki. Magdeburger Str. 27.

Heinrich Mittenberg, Leipzigerstraße 103. II. Kohlen-Abteilung. Fernsprecher 6512. Baustoff-Abteilung Fernsprecher 6502.

Otto Just, Kohlen u. Holz, Ludwig-Wuchererstr. 45. Fernsprecher 5649

Franz Zenk, Kleiner Berlin 2. Die große Hut-Fabrik.

Merkur-Drogerie, Ludwig-Wuchererstraße 75. Fernsprecher 6054. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Verbandstoffe.

Arthur Täglich, Ingenieur, Lindenstr. 8.

Schmidt & Erdel Buchdruckerei. Anfertigung von Drucksachen aller Art. Fernruf 2472. Kl. Ulrichstraße 8.

Huldreich Schmelzer, vorm. Albert Schmidt. Korbwaren-Fabrik. Große Steinstraße 54/55.

Hausierer und Wiederverkäufer kaufen Textilwaren günstigst bei **Bater & Tümmler**, Landsbergerstraße 52. — Fernruf 3927.

Makulaturpapier jederzeit zu haben. Große Brauhausstr. 17 b. Pförtner.

Theuring & Ackermann, Triftstraße 24. Großer Umsatz. Höchste Preise.

A. Schenkalowski, Kruckenbergstr. 23 Rohprodukten-Großhandlung Kauft Metall, Felle, Lumpen, Papier. — Telefon 4260.

J. Sendel, Mostrich und Essig. Rathausstr. 15

Otto Thormann jun. Raffineriestr. 46. kauft Möbel, Wäsche, Schuhwerk, a. Nachl. z. höch. Tagespr.

D. Heimsath & Sohn, Schneider-Geschäft Steg 19.

Mehnert & Mildener Kohlenhandlung Merseburgerstr. 45b. Telephon 6321.

D. Kutscher, Moritzkirchhof 10. Handleiterwagen- u. einzelne Räder- Spezial-Geschäft.

G. Schaible, Möbel jeder Art. Gr. Märkerstr. 26.

L. A. Kielpennig, Uhren u. Goldwaren, Optik Reilstr. 129.

Karl Fernik, Telephon Nr. 3874. Beerd.-Institut „zur Ruhe" Landwehrstr. 8.

J. Ewald, Steinweg 2. Fernruf 6528. Bildereinrahmungen.

R. Münster, Maßkorsetts. Ludw.-Wuchererstr. 70 Schulstraße 13.

Eduard Graf, Marktplatz 11. Bettfed. u. Betten Spezialhaus

K. Layer, Kl. Ulrichstr. 27. Anfertigen feiner Herrengarderobe nach Maaß.

Bitterfeld.

Palast-Theater. Halleschestraße 26. — Moderne Lichtspiele. — Fernruf 281.

Kaffee Rich. Saul, Kaiserstraße 4. Reichhaltiges Konditoreibüfett. Biere und Weine.

Trinkt Bitterfelder-Biere

Lehmann & Wolff, vorm. H. Weise Nachf. Textilwaren-Großhandlg., Burgstraße 25. Kurz-, Weiß- und Wollwaren. „Damenputz", Burgstraße 7. Telefon 107 und 239. Telegr.-Adr.: „Lewoco".

A. Pausch Nachf., Kirchstr. 1., Telephon 188. Posamenten, Woll-, Weiß-Waren, Trikotagen, Wäsche, Leinen- und Baumwoll-Waren.

Paul Wille, Burgstraße 51. Hüte. Mützen. Schirme.

A. Schirrmeister, Kaiserstr. 7. Spezialgeschäft feinster Schokoladen und Konfitüren.

K. C. Müller, Tabakfabrikate für Wiederverkäufer.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

B Musterschutz

Aluminium-Kochgeschirre u. andere Küchenartikel en gros! Aluminiumwaren-Fabrik. ! Die beste Bezugsquelle. en detail! **Kersten & Schatz**, Halle a. S., Adolfstraße 9/10.

Dauerwäsche

C. Klappenbach Gr. Ulrichstr. 41. Gummiwaren.

A. Schumann Gummiwaren Steinweg 46/47.

Adolf Gödecke Optische Anstalt, Poststr. 9/10

Willy Sernau Mantel-Haus, Schulstraße 11.

Herm. Zierfuß Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Gebr. Schubert Brotfabrik u. Mühle Merseburgerstraße 102. Telefon 6675.

Ernst Schrön Rannischestr. 19. Aelteste Spezial-Uhren-Reparaturwerkstatt. Schnell, gut, billig.

Gottfried Schrant Uhrmacher Eigene Reparaturwerkstatt 4 Schmeerstr. 4.

Karl Weber Zigarren-Spezial-Geschäft im Groß- u. Kleinverkauf Advokatenweg 20.

Wünsch & Kaps, Ludwig-Wuchererstraße 1a ∴ Fernruf 5572. Seilerwaren und Polstermittel

Abfahrt der Züge Naumburg—Weissenfels—Corbetha—Leipzig u. zurück.

Naumburg	ab		5^{22}		9^{10}	11^{59}	12^{22}	3^{54}				9^{28}	12^{14}		
Weissenfels	„	W	5^{42}		9^{37}	12^{13}	12^{52}	4^{14}	W			9^{49}	12^{32}		
Corbetha	„	5^{22}	5^{55}	6^{16}	9^{57}		1^{07}	·	4^{33}	5^{51}	7^{22}	10^{21}			
Leipzig	an	6^{19}	6^{21} W	7^{34}	11^{20}	1^{17}	2^{15}	5^{06}	5^{48}	7^{08} W	9^{1}	11^{18}	1^{29}		
Leipzig	ab		4^{28}	5^{21}	6^{48}	6^{58}	10^{24}	10^{40}	1^{26}	4^{21}	5^{33}	7^{23}	9^{32}	9^{48}	
Corbetha	„		5^{20}	7^{30}		8^{20}			2^{45}	5^{19}	6^{22}	8^{49}		10^{21}	
Weissenfels	„			7^{54}	7^{37}	8^{37}	11^{21}	11^{33}	3^{00}	an	an	an	10^{14}	an	11^{22}
Naumburg	an			8^{14}	7^{54}	8^{57}	11^{38}	11^{51}	3^{21}				10^{44}		11^{42}

Abfahrt der Züge Halle-Mücheln, Halle-Weissenfels, Halle-Rössen u. zurück.

6^{08}	7^{4}	3^{0}	9^{07}	10^{44}	3^{3}	3^{4}	5^{1}	7^{2}	10^{08}	11^{47}	an	Halle	ab	4^{29}	5^{52}	7^{05}		12^{29}	12^{58}	4^{32}	4^{51}	5^{11}	8^{22}	9^{21}
5^{42}	7^{2}	7^{37}	8^{42}	10^{15}	3^{11}	3^{21}	4^{5}	6^{52}	9^{41}	11^{1}		Merseburg		4^{54}	6^{20}	7^{38}	8^{12}	12^{54}	1^{22}	4^{57}	5^{14}	5^{34}	8^{44}	9^{23}
	6^{30}			9^{27}		2^{30}	4^{00}	6^{12}		10^{30}		Mücheln		5^{40}		W	8^{28}	1^{40}		5^{4}			9^{40}	
5^{12}	6^{47}	7^{05}	8^{0}	W	2^{40}		W	W	8^{59}	W		Weißenfels			6^{35}				1^{56}	W	5^{49}	6^{12}		9^{52}
		W					4^{43}				ab	Rössen	an			7^{40}					W			

Abfahrt der Züge Weissenfels-Zeitz, Zeitz-Weissenfels.

6^{14}	7^{40}	2^{30}	6^{45}	8^{21}	11^{12}	an	Weissenfels	ab	4^{22}	7^{02}	2^{04}	5^{00} W	5^{55} W	9^{24}
5^{22}	6^{43}	1^{30} W	6^{24}	7^{35} W	10^{28}	ab	Zeitz	an	5^{22}	8^{04}	2^{59}	5^{57}	6^{22}	10^{34}

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fettgedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

Plato & Cie., Inhaber: Gebr. König. Marienstraße 31. Fernruf 6611. Gen.-Vertr. der Dürrkopp-Werke. Leistungsfähige Reparatur-Werkstatt. Verleihung von Automobilen Tag und Nacht.

Reinhold Schirrmeister, Steinstraße 7 am Bahnhof. Zigarren. Zigaretten. Tabake.

Möbelfabrik Quilitzsch.

August Trabitzsch, Zigarrenfabrik Burgstr. 1. Telephon 168. Zigaretten und Rauchtabak in größter Auswahl.

Grollmitz & Reinecke, Burgstraße 45. Fernruf 162 Gummiwaren. — Bandagen.

Leopold Wolff, Burgstr. 7 Fernruf 312 Gold-, Silber-, Uhren- und Optische Waren.

Fritz Schönbrodt, Markt 5. Telephon 284. Fahrräder Nähmaschinen. Motorfahrzeuge Elekt. Artikel für Stark- u. Schwachstrom.

Emil Ehricke, Innere Bismarckstr. 19. Glas Porzellan. Bilder.

A. Döring, Café - Restaurant. Kaiserstraße 67.

S. Jarosch Nachf. Markt 7. — Bessere Herren- u. Knaben-Garderobe. Anfertigung nach Maaß.

Gebr. Meyer Kirchstr. 10. — Beste Bezugsquelle für Damen-Kleidung.

Hch. Arnold Wäsche und Manufakturwaren, Markt 8. Fernsprecher 149.

Paul Raack Markt 5. Spezialgeschäft für Herren-Artikel.

Bruno Raack Burgstraße 2. Hüte. Mützen. Wäsche.

Carl Molt, Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Sterilisierapparate m. Luft.

Ernst Strenger Burgstr. 49. Spezial-Schuhwarengeschäft.

Oswald Böhme Burgstraße 52 Schokoladen u. Konfitüren.

R. Zöllmer Fischhandlung.

E. Swoboda Markt 5a Haus- und Küchengeräte.

Paul Rudolph Drogen, Farben, Kolonialwaren, Photo-Artikel.

G. Raack Burgstr. 49. Musikinstrumente, Saiten.

Curt Trabitzsch, Kaiserstr. 66. Zigarren. Zigaretten. Tabak.

Otto Liebmann, Halleschestraße 14. Porzellan. Steingut. Glas.

Merseburg.

Paul Ehlert, Haushaltartikel. Entenplan 11.

Zigarrenhaus Franz Müller, Weine. Gotthardstraße 48. Liköre.

Carl Stürzebecher, Strumpfwaren, Herren-Artikel, Woll- und Weißwaren.

Oskar Zimmermann Gotthardstraße 25. Erstkl. Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion.

H. Taitza Neumarkt 18. Markt 19. Bekleidung aller Art. Aeltestes Geschäft am Platze.

G. Hoffmann, Markt 19. Woll-, Weiß- und Wirkwaren, Herrenartikel und Schürzen. Korsetts. Handarbeiten. Schneiderei-Bedarfs-Artikel. Besätze.

Marie Müller Nachf., Gotthardstr 42 Damen- und Kinderhüte. Jede Preislage. Große Auswahl

J. G. Knauth & Sohn, Pelzwaren — Herrenhüte. Mützen — Herrenartikel.

Schuhhaus Hermann Körner, Kleine Ritterstraße 1. Eigene Reparatur-Werkstatt.

D. Scholz Wtw., Inhaber: Gebr. Scholz. Gotthardstraße 34. Möbellager — Ganze Wohnungs-Einrichtungen — Eigene Möbeltischlerei und Polsterei.

Sporthaus Hans Käther, Kl. Ritterstr. 1. Ecke Entenplan. Spezial-Einkaufshaus für Vereine.

Spielwarenhaus Wilhelm Köhler, Gotthardstr. 5. Anerkannt gute Bezugsquelle für Geschenkartikel und Spielwaren.

Flora Parfümerie, Otto Stiebritz Parfümerien - Seifen — Toilette-Artikel Abt. Konfitüren.

Adler-Drogerie Wilh. Kieslich Inh.: Wwe. A. Abel, Entenplan. Fernsprecher 95. Medizinal-Drogerie und I. Foto-Spezialhaus am Platze.

Th. Ebert Nachf. Arthur Bolster Optiker. Spezialist in Augenoptik. Entenplan.

Günther Liebmann Entenplan 6. Markt 20. Fernruf 260. Elektrische Bedarfsartikel. Fabrikations- und Reparaturwerkstätte.

Eduard Klauß Kohlen. — Baumaterialien Landw. Bedarfsartikel.

Otto Bretschneider, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

R. Christ, Entenplan Nr. 5. Herrenbekleidung, fertig und nach Maß.

Weissenfels.

Adolf Gutmann, Manufaktur — Modewaren Damenkonfektion.

Emil Joske, Weißenfels, Ecke Markt und Jüdenstr. Filiale: Merseburgerstr. Größtes Geschäftshaus am Platze.

Hermann Zierfuß, Wohnungs-Einrichtungen in jeder Preislage.

Emil P. Rackwitz, Jüdenstr. 1. Weinhandlung Kolonialwaren, Zigarren.

Franz Mengler, Elektrotechnisches Büro. Licht- und Kraftanlagen — Moderne Beleuchtungen.

Dimke & Herrmann, Autohaus Gr. Burgstraße 1. Fahrräder — Ersatzteile — Eigene Reparaturwerkstätte.

D. Kronenberg, Uhren und Goldwaren, Markt 9—10.

Kognak-Zentrale, F. G. Menge.

F. v. G. Höppner, vorm. F. H. Krause, Jüdenstraße 10. Butter, Käse, Wurst.

Wilhelm Apelt, Wein und Spirituosen.

Zig.-Haus M. Sack, Schreibwar. Pfeifen, Spitzen, Stöcke. Kleine Kalandstr 19.

Eisleben.

Herm. Amara, Inh. Botho Hildebrandt, Plan 11. Drog., Parfümerien, Kolonialw., Zigarr., Zigarett. Tabak, Weine, Spirituosen.

Emil Schauseil, Konditorei, Am Markt.

Otto Fiedler, Markt 7. Goldwaren.

Lutherstraße 14, Kaufhaus Rosenthal.

Delitzsch.

Drogerie zur Reichspost, Inh.: W. Sahrmann.

Walter Seidel. Billige Lebensmittel.

Die Volksstimme bestellen Sie bei H. Alpers, Bitterfelderstr. 17 H. Klunkert, Elisabethstr. 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210413-14/fragment/page=0008